

Willy-Brandt-Vorlesung 2009

Jürgen Kocka


**1989 –
Eine transnationale
Revolution und ihre Folgen**



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



centrum im. willy brandta
willy brandt centrum




Willy-Brandt-Vorlesung 2009

**1989 –
Eine transnationale Revolution
und ihre Folgen**

Jürgen Kocka

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE


centrum im. willy brandta
willy brandt centrum

Übersetzung: Adam Peszke

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug bei: Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

© 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

Grafische Gestaltung: Janusz Pilecki

Herstellung: GRAF

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2010

ISBN 978-83-860888-7-4

Inhalt

1. Einleitung
Knut Dethlefsen,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen 5
2. Begrüßung
Prof. Dr. habil. Adam Jezierski,
stellvertretender Rektor der Universität Breslau 7
Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski,
Vizedirektor des Historischen Instituts der Universität Breslau 9
3. Einführung
Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz,
Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien
an der Universität Breslau 11
4. **1989 – Eine transnationale Revolution und ihre Folgen**
Prof. Dr. Jürgen Kocka,
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 17
5. Schlusswort
**Soziale Revolution – Revolution der Träume? Eine Glosse am Rande
des Referats von Prof. Jürgen Kocka**
Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski,
Vizedirektor des Historischen Instituts der Universität Breslau 33

Knut Dethlefsen

Friedrich-Ebert Stiftung, Vertretung in Polen

Liebe Leserinnen und Leser

Wohl kein anderes Jahr hat das Europa der Nachkriegszeit so nachhaltig und fundamental verändert wie 1989. Innerhalb weniger Monate implodierten damals die kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa. Nach Jahrzehnten des Kalten Krieges und der Spaltung des Kontinents kam es plötzlich innerhalb weniger Monate zu einer Überwindung der Nachkriegsordnung von Jalta. Der westliche und der östliche Teil des Kontinents fanden wieder zueinander. Inzwischen sind viele der Länder, in denen die Menschen damals mit überwiegend friedlichen Mitteln eine Systemtransformation erzwangen, Mitglieder der Europäischen Union.

Trotz der europaweiten Bedeutung der Ereignisse von 1989 war die Erinnerung an jene Tage im 20. Jubiläumsjahr jedoch größtenteils nationalgeschichtlich geprägt. In Polen betonte man die lange Vorgeschichte der halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989, etwa den Papstbesuch im Jahre 1979, die Entstehung der Solidarność-Bewegung im August 1980, aber auch die dunklen Zeiten des Kriegszustandes. In Deutschland wiederum verbindet man mit dem Jahr 1989 in erster Linie die sommerlichen Massenfluchten der DDR-Bürger, die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die Öffnung der Berliner Mauer am späten Abend des 9. November und – als Konsequenz all dessen – die nationale Wiedervereinigung im Oktober 1990.

Ohne Zweifel stellen alle diese Begebenheiten für die jeweilige Nation wichtige Identifikationspunkte dar. Doch bei dem Gedenken an diese für die nationale Geschichte so wichtigen Ereignisse ging in der Vergangenheit allzu häufig die internationale Perspektive verloren. Dabei ist – weit mehr noch als die Gewaltlosigkeit – ausgerechnet die internationale Verknüpfung der Geschehnisse das historisch Einzigartige an den Umbrüchen des Jahres 1989.

Mit diesem Phänomen des Jahres 1989 als transnationalem Prozess befasst sich dankenswerter Weise Jürgen Kocka in seiner hier vorliegenden Vorlesung. Detail-

liert stellt er dar, wie der mühsam ausgehandelte Übergang zur Demokratie in Polen und Ungarn, die revolutionären Zustände in der DDR und der Tschechoslowakei sowie die putschartigen Machtwechsel in Bulgarien und Rumänien nicht allein aus sich selbst heraus, sondern immer nur mit Blick auf die Geschehnisse der Nachbarländer zu erklären sind. Die Grenzöffnung Ungarns bewegte Tausende von Ostdeutschen zur Flucht und setzte so die DDR-Regierung unter Druck. Ermutigt von den Ereignissen in Polen, Ungarn und der DDR gingen bald auch die Menschen in Prag auf die Straße. Und von Ungarn sprang der revolutionäre Funke schließlich auch nach Rumänien über.

Als „paradoxe Erfüllung des kommunistischen Traumes“ bezeichnet folglich der britische Historiker Timothy Garton Ash das Jahr 1989. „Kommunisten träumten von der proletarischen Internationalen, welche die Revolution von einem Land in das nächste tragen würde; in den Jahren 1989-1991 breitete sich die Revolution dann tatsächlich von Land zu Land aus – mit dem Ergebnis der Überwindung des Kommunismus.“

Nicht zuletzt für die Friedrich-Ebert-Stiftung machte sich die internationale Reichweite der Umbrüche bald schon bemerkbar. Zwar unterhielt die Stiftung bereits seit 1970 Beziehungen nach Polen. Erst der Systemwechsel des Jahres 1989 ermöglichte es der Stiftung aber, im Folgejahr endlich ein Büro in der polnischen Hauptstadt zu eröffnen. Auch deshalb bin ich besonders froh über das Thema der vorliegenden Willy-Brandt-Lesung.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. habil. Adam Jezierski

Stellvertretender Rektor der Universität Breslau,
zuständig für Wissenschaft und internationale Arbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2009 ist von großer historischer Bedeutung. Ein Grund sind die runden Jahrestage, deren besonders intensiv in unserem Teil Europas gedacht wird. So sind zwanzig Jahre seit der Berufung des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen seit 1945 vergangen. Diese Berufung war eine Folge des Wandels, der mit dem „Runden Tisch“ und der Parlamentswahl vom 4. Juni 1989 einher ging. Bald darauf begann der berühmte „Herbst der Völker“ mit der tschechischen „samtenen Revolution“, dem Sturz der Berliner Mauer und schließlich dem blutigen Fall des rumänischen Regimes.

Polen und die Länder unserer Region erlangten ihre Freiheit und volle Souveränität wieder, Deutschland vollzog seine Vereinigung. Die Versklavung und die Trennungen, deren Opfer wir lange Jahrzehnte waren, waren Folgen anderer schwerwiegender Ereignisse, deren 70. Jahrestag wir ebenfalls 2009 gedenken. Der Beginn des Krieges am 1. September 1939 bildet eine der markantesten Zäsuren in der Geschichte Polens: sowohl auf staatlicher Ebene als auch im Leben der einzelnen Menschen. Die Erinnerung an die Kriegstragödie ist nach wie vor lebendig in unseren Familien. In der Generation unserer Eltern und Großeltern begegnen wir ununterbrochen den Spuren von Kriegswunden. Das bewirkt, dass der Krieg nicht nur ein Thema aus dem Lehrbuch bzw. einer Fernsehsendung, sondern eine persönliche Erfahrung ist. Und obwohl die Zeugen jener Zeiten sterben: die Erinnerung an sie bleibt da.

Gleichzeitig ist die Form dieser Erinnerung Gegenstand der Analyse, der Diskussion und – wie wir es beobachten – der politischen Auseinandersetzung. Für die Völker unseres Teils von Europa bedeutete der Krieg nicht nur einen Überfall der Nazis. Für uns hat er ein zweites Gesicht. Das der Expansion des kommunistischen Regimes, für die der Hitler-Stalin-Pakt den Weg geebnet hat und die durch die Ak-

zeptanz des Westens für die sowjetische Vorherrschaft nach dem Sieg über das Dritte Reich gefestigt wurde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, welch einen langen Weg die Völker dieses Teils von Europa bewältigen mussten, um aus dem schreckens- und gewaltvollen Schatten des Jahres 1939 herauszutreten. Die politische und gesellschaftliche Freiheit, die manchmal einen bitteren Beigeschmack hat, erfahren wir erst seit 20 Jahren. Geschichtlich gesehen ist das nicht viel. Lasst uns das jedoch als Vorläufer zu einer Epoche der wahren Freiheit und des wahren Friedens auf unserem Kontinent betrachten. Das Nachdenken über Geschichte kann uns helfen, diese große Wende immer aufs Neue zu würdigen und zu festigen.

Ich hoffe, dass die Vorlesung von Prof. Jürgen Kocka, einem der hervorragendsten deutschen Historiker, die die Gesellschaftsgeschichte erforschen, auf diese längere Perspektive der „europäischen Revolution 1989“ aufmerksam machen wird. Ich möchte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, ihrem ehemaligen Direktor, Peter Hengstenberg, sowie dem neuen Leiter, Knut Dethlefsen, für die Initiative danken, mit unserem Willy-Brandt-Zentrum alljährlich Vorlesungen zu veranstalten, die dem Namensgeber dieser Einrichtung gewidmet sind. Wir danken dem scheidenden Direktor, begrüßen herzlich seinen Nachfolger und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. Ich möchte auch unserem Willy-Brandt-Zentrum für die Veranstaltung dieser Vorlesung danken. Ich wünsche Ihnen eine interessante Vorlesung und eine fruchtbare Diskussion.

Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski
Vizedirektor des Historischen Instituts
der Universität Breslau

Sehr geehrte Damen und Herren

Als sich der Staub nach der napoleonischen Epoche legte, machten sich die europäischen Politiker die Geschichte zu Nutzen: als eine Quelle von Argumenten im politischen Streit der Großmächte und der kleinen, unterdrückten Völker. Die politische Geschichte, fokussiert auf große Ereignisse, sollte andeuten, wer mehr Anspruch darauf hat, über die einzelnen Teile Europas zu herrschen. Den Völkern Europas brachte das keinen Frieden. Ganz im Gegenteil. Angespornt vom Verlangen nach alter Pracht, führten sie immer wieder Kriege miteinander. Das blutigste Opfer auf dem Altar der Geschichtspolitik brachten sie während des Zweiten Weltkriegs dar.

Mit dem Ende des Krieges begann die Aufarbeitung des Vergangenen. Einen bedeutenden Anteil hatten dabei die Forscher, die sich mit der Sozialgeschichte befassten. Sie waren es, die darauf hinwiesen, wie stark die latenten, auf den Chronikkarten und Zeitungsblättern unsichtbaren Veränderungen, die in großen und kleinen Gesellschaftsgruppen erfolgten, das Leben Europas beeinflusst haben. Es war ihr Verdienst, dass die Historiker mit Soziologen, Sozialpsychologen, Ökonomen zusammenarbeiteten. Damit war Geschichte keine Sammlung von Beispielen mehr, mit denen Politiker ihre Ausführungen belegten. Sie wurde vielmehr zum Eigentum der Bevölkerung, eng mit ihr verbunden, und wies mit Nachdruck auf die Rolle hin, die der kollektive Souverän sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart spielt.

Professor Jürgen Kocka ist ohne Zweifel ein erfahrener Forscher im Bereich der Sozialgeschichte. Mit großer Freude möchte ich ihn im Namen der Gemeinschaft der Breslauer Historiker in unserer Universität begrüßen. Und gleichzeitig möchte ich ihm versichern, dass wir mit gleich großem Interesse seine Reflexion über den Wandel der Jahre 1988 und 1989 verfolgen werden. Für die polnische Gesellschaft

waren und sind diese Jahre ein zentraler Wendepunkt, der ihre Zukunft beeinflusste. Umso neugieriger werden wir den darauf gerichteten Blick Kockas aus dem Grenzbereich von Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft verfolgen. Das Verständnis des sozialen Hintergrunds der Geschichte bringt die Hoffnung mit sich, Fehler mit nicht nur bedeutenden, sondern vor allem lange anhaltenden Folgen zu vermeiden. Dadurch, dass wir uns Bemerkungen eines Experten der Reflexion über windige Wege der in den Gesellschaften erfolgenden Veränderungen anhören, erhalten wir die einmalige Chance, uns selbst mit den Augen eines einsichtigen Experten zu reflektieren.

Herr Professor, nehmen Sie bitte unseren aufrichtigen Dank dafür an, dass Sie den Wunsch geäußert haben, Ihre Überlegungen zu einem – besonders für uns – so wichtigen Zeitpunkt der europäischen Geschichte mit uns zu teilen. Lasst uns zuhören und diskutieren. Denn die Wahrheit über Vergangenheit ergibt sich aus dem Meinungsaustausch, aus der Konfrontation von Ansichten und Erfahrungen, sie geht hingegen unter in einvernehmlicher, politisch korrekter Stille. Jener Stille, gegen die unser Gast seit Jahren mit seinem Wissen kämpft.

Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz

Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien
an der Universität Breslau

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits zum siebten Mal treffen wir uns auf Anregung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, um im Rahmen der Vortragsreihe „Willy Brandt Vorlesung“ das Andenken des Namensgebers unserer Einrichtung, des hervorragenden deutschen Politikers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt zu ehren. Heute haben wir Prof. Jürgen Kocka zu Gast, einen bekannten Historiker, der sich mit der Sozialgeschichte Deutschlands und Europas befasst. Das von ihm gewählte Thema des heutigen Vortrags ist ein klarer Beweis für die starken Verbindungen unserer Gegenwart mit der Geschichte. In diesem Jahr feiern wir nämlich mehrere Jahrestage, die nicht nur für Polen und unseren westlichen Nachbarn, sondern auch für den ganzen alten Kontinent wichtig sind. Gestatten Sie bitte, dass ich einige Bemerkungen zu der Rolle und Bedeutung der Ereignisse von 1989 aus polnischer Sicht mache. Im weiteren stelle ich unseren Referenten kurz vor.

1.

Der Untergang des Kommunismus war kein plötzliches und einmaliges Ereignis. Er war auch nicht auf die Geschehnisse von 1989 beschränkt. Seine Anzeichen konnten in der ganzen Nachkriegszeit erkannt werden, beinahe seit der Zeit der Einrichtung kommunistischer Regimes in Ländern, die der Sowjetunion untergeordnet wurden. Der Versuch, das stalinistische System auf diese Länder zu übertragen, erwies sich in historischer Perspektive als große Niederlage. Der sowjetische Kommunismus erweckte gesellschaftlichen Widerstand, der nicht nur durch die Ablehnung der Ideologie motiviert war, sondern auch durch nationalen Widerstand aufgrund früherer langer Konflikte einiger Länder mit Russland. Im Ostblock kam es gelegentlich zur Kulmination der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, die in Streiks, Unruhen und sogar Aufständen resultierte. Hinzuweisen ist allerdings auch auf die Versuche, das System friedlich, durch seine Reformierung zu wandeln. Weil sich jedoch das System als reformunfähig erwies, sowohl in poli-

tischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, führten kurzfristige Krisen zu einem dauerhaften Zusammenbruch. Der anspruchvollste Versuch, das System von innen zu retten, Gorbatschows *Perestrojka*, wurde zu einem Beschleuniger des Wandels und zu einem sprichwörtlichen grünen Licht für die Völker Mitteleuropas in ihrem Streben nach der Wiedererlangung der Souveränität.

2.

In der polnischen Geschichtsschreibung, der Bildung und in den Medien wird die ständige Präsenz der oppositionellen Tendenzen gegen das aufgezwungene kommunistische System hervorgehoben. Ihre Intensität war unterschiedlich, in manchen Perioden beschränkte sie sich auf elitäre Kreise. Der Umstand jedoch, dass in Polen das Privateigentum auf dem Lande sowie die Unabhängigkeit der katholischen Kirche bestehen blieben, bewirkte, dass die Auflehnung gegen das System einen soliden Rückhalt hatte. Sie war noch stärker dank einer weitgehend unabhängigen Stellung der wissenschaftlichen und künstlerischen Kreise nach 1956, wodurch bestimmte Diskussionen und die Herausbildung politischer Positionen möglich wurden.

3.

Die Historiker sprechen von den sog. polnischen Monaten, die den Widerstand der Polen gegen den Kommunismus in den Jahren 1956-1980 symbolisieren. Nach Unterdrückung der legalen und illegalen Opposition Ende der 40er Jahre kam es 1956 zu neuen Vorstößen gegen den Stalinismus: im Juni und Oktober. Die blutige Arbeiterrevolte in Posen verwandelte sich allerdings nicht in einen bewaffneten Aufstand vom Rang der Ereignisse in Ungarn. Im Herbst kam es zu einem Machtwechsel und einer teilweisen Liberalisierung des Systems. In Polen, das durch verheerende Kriegsverluste ausgezehrt war, erfolgte keine direkte bewaffnete Konfrontation zwischen den Gegnern des Regimes und dessen Basis. Im Widerstand wurden friedliche Methoden praktiziert: Demonstrationen, Streiks, Hungerstreiks, Aufbau eines regierungsunabhängigen Informationsumlaufs und der gesellschaftlichen Diskussion. Zwar tritt in der letzten Zeit in der polnischen Geschichtspolitik der Kult des Warschauer Aufstands von 1944 in den Vordergrund, dessen Heroismus und Hekatombe mit kaum einem anderem Ereignis der polnischen Nationalgeschichte des 20. Jahrhunderts vergleichbar sind. Jedoch wissen die allermeisten Polen die Er kämpfung der Freiheit mit Methoden einer blutlosen Revolution

zu schätzen, die scheinbar in einem krassen Widerspruch zu unserer Geschichte des Unabhängigkeitskampfes im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gestanden hat.

4.

Der Untergang des Kommunismus in Polen wird in Verbindung mit Ereignissen im gesamten Ostblock wahrgenommen. Man behauptet jedoch gemeinhin, dass der Beitrag Polens zum Werk der Systemzerschlagung am größten war, weil sich hier die gesellschaftlichen Proteste regelmäßig wiederholten und keinen vereinzelt Charakter hatten. Es werden also folgende Ereignisse genannt wie: das erwähnte Jahr 1956, 1968 (Studenten- und Intelligenzrevolte), 1970 (Arbeiterstreiks an der Ostseeküste), 1976 (eine erneute Welle der Arbeiterstreiks und die Entstehung der organisierten politischen Opposition), 1980 (Entstehung der regierungsunabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*, ein gemeinsamer Vorstoß der Arbeiter, Landwirte und Intelligenz). Viel spricht man über die Rolle des Papstes Johannes Paul II., was sich teilweise durch hagiographische Einstellung gegenüber einer allgemein geachteten und angebeteten Person erklären lässt. Andererseits spiegelt jedoch die Person des Papstes die Bedeutung des Katholizismus in der Nachkriegsgeschichte Polens für die Erhaltung der Gedankenunabhängigkeit und der nationalen Tradition wider, sowie die politische Bedeutung der Kirche als Mittlerin und Betreuerin der Benachteiligten. Der Papst vertritt auch das intellektuelle Antlitz der Auflehnung gegen den Kommunismus, während Lech Wałęsa, der Vorsitzende der *Solidarność*, eine weitere Verkörperung der historischen Figur des mutigen Volksführers ist.

5.

Die Einzigartigkeit der Ereignisse von 1980-1981 besteht darin, dass sie einen Massencharakter hatten und das ganze Volk umfassten. Das war eine Folge des gemeinsamen Engagements der Intelligenz und der Arbeiter, das 1968 bzw. 1970 gefehlt hatte.

6.

Der Untergang des polnischen Kommunismus verteilt sich auf die ganze Periode der 80er Jahre, deren Klammern die Generalstreiks am Anfang und am Ende des Jahrzehnts bilden. Die *Solidarność* hat diese Jahre, trotz Schwächung durch Verfolgungen, als Organisation überlebt, die über ein allgemeines Programm und einen Kader verfügte. Das mussten die schwächer werdenden Kommunisten anerkennen, deren Macht durch eine enorme Wirtschaftskrise und mangelnde Unterstützung von Moskau untergraben wurde. Symbolereignisse für 1989, im heutigen Polen allerdings durch verschiedene politische Kontroversen belastet, sind: das Ende der sog. Gespräche am Runden Tisch und ein Übereinkommen der Opposition mit den Machthabern, die Parlamentswahlen im Juni 1989 und die Einführung einer starken Vertretung der Opposition in den Sejm und Senat, die Ernennung des ersten nichtkommunistischen Premierministers seit 1944 in Person von Tadeusz Mazowiecki. Abschließend erfolgte die Änderung des Staatsnamens, die Auflösung der kommunistischen Partei und der Systemwandel infolge der Einführung der völlig freien Wahlen und der allgemeinen Präsidentschaftswahl. Es wird nachdrücklich betont, dass sich diese Ereignisse lange vor dem Sturz der Berliner Mauer, die nun zu einer Ikone des „Völkerherbstes“ geworden ist, sowie vor anderen Ereignissen im Ostblock abgespielt hatten. Der Wandel in Polen hatte einen evolutionären Charakter, er führte über eine Periode des Mitregierens mit den Kommunisten zur Übernahme der gesamten Verantwortung durch die Opposition für das Land, das gerade einen tiefen wirtschaftlichen Zusammenbruch und gesellschaftliche Stagnation erlebte.

7.

In den Jahren 1989/1990 sah sich die neue Regierungsmannschaft vor keinen geringeren Herausforderungen als jene Regierungen, die Polen nach seiner Wiedergeburt 1918 wiederaufzubauen hatten. Befürchtungen bezüglich der Entwicklung der Lage in Polen waren unter westlichen Analytikern und Politikern stark ausgeprägt. Das größte Land der Region, mit zerfallender Wirtschaft und mangelnder Praxis der demokratischen Machtausübung, erschien damals bei weitem nicht allen als ein künftiger stabiler Partner. Die Revolution der *Solidarność* verwandelte sich in eine Revolution der Transformation auf mehreren Ebenen, deren Erfolge und Niederlagen bereits Gegenstand der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion sind. Der Untergang des kommunistischen Systems eröffnete für die Polen

die Periode einer einzigartigen Chance, in deren Genuss sie in ihrer Geschichte äußerst selten kamen. Indem die Polen den 20. Jahrestag der Ereignisse von 1989 geehrt oder sogar über sie gestritten haben, mussten sie auch auf die Errungenschaften dieser jüngsten Periode in ihrer Geschichte zurückblicken und sich den Ausgangspunkt in Erinnerung rufen. Und dieser war nicht nur der Herbst von 1989, sondern auch von 1939. Die Folge der großen Niederlage war – trotz der späteren militärischen Anstrengung, der abgeschlossenen Bündnisse, der enormen Menschen- und materiellen Verluste – der Verlust der Unabhängigkeit sowie der Möglichkeit, über die eigene Entwicklung selbst zu entscheiden.

Ich denke, dass der Vortrag, den wir gleich hören werden, Bezüge zu den obigen Reflexionen sowie viele andere, neue, aufschlussreiche Bemerkungen enthält. Professor Jürgen Kocka wurde 1941 geboren. Er studierte in Wien, Berlin und North Carolina Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie. 1968 verteidigte er seine Doktorarbeit an der Freien Universität Berlin und wurde bald darauf habilitiert. 1973 bis 1988 war er Professor an der Universität Bielefeld und von 1988 bis 2009 war er Professor der Freien Universität Berlin. Gemeinsam mit Hans-Ulrich Wehler gründete er die Bielefelder Schule, die die deutsche historische Forschung durch die Einbeziehung der Reflexion über die Rolle und Bedeutung der Sozialgeschichte revolutionierte. Professor Jürgen Kocka hat maßgeblich zur Initiierung und Durchführung von historischen komparatistischen Studien beigetragen. Eines besonderen Interesses des Professors erfreuen sich Themen wie: die Geschichte der Arbeiter und der Arbeit, des europäischen Bürgertums, die Sozialgeschichte der DDR sowie theoretische Überlegungen zur Sozialgeschichte und Komparatistik. Er ist Autor zahlreicher Publikationen. In Polen erschien vor einigen Jahren in der angesehenen Poznańska Biblioteka Niemiecka (Posener Deutsche Bibliothek) eine Auswahl seiner Artikel unter dem Titel „Zur Sozialgeschichte Deutschlands“.

Abschließend möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen für die Veranstaltung dieser Vortragsreihe danken. Gedankt sei dem ehemaligen Direktor der Vertretung, Peter Hengstenberg, für die Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit und Freundschaft, die eine schwierige Periode in der Geschichte des Zentrums überstanden hat. Dem neuen Leiter, Knut Dethlefsen, danke ich für den Willen, die Vorträge in Zukunft fortzusetzen. Ich habe die große Hoffnung, dass es nicht das einzige Projekt sein wird, das wir gemeinsam umsetzen. Bei Herrn Prorektor für Wissenschaft und Zusammenarbeit mit dem Ausland, Professor Adam Jezierski,

bedanke ich mich für das Wohlwollen bei unserer Hochschulleitung, und bei Professor Przemysław Wiszewski, dem stellvertretenden Direktor des Historischen Instituts, für die Zusammenarbeit bei der Veranstaltung der Vorträge.

Herr Professor, ergreifen Sie bitte das Wort.

Jürgen Kocka
**1989 – Eine transnationale Revolution
und ihre Folgen**

1.

Historische Erinnerung ist vornehmlich nationalgeschichtlich geprägt. Von Land zu Land unterscheidet sich das kollektive Gedächtnis. Zwar gibt es Ereignisse, die international erinnert werden, wie der deutsche Überfall auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg begann, und dessen 70. Jahrestag am 1. September 2009 mit großer internationaler Aufmerksamkeit begangen wurde. Auch gibt es Forschungsprojekte, die sich um europäische Erinnerungsorte – oder auch um deutsch-polnische Erinnerungsorte (Robert Traba) – bemühen. Meist aber herrscht in der anschwellegenden Erinnerungsliteratur der nationalgeschichtliche Blickwinkel vor. In den Medien, durch Denkmäler oder auf Jubiläumsveranstaltungen wird meistens erinnert und gewürdigt, was zu den Taten und den Leiden, den Triumphen und Katastrophen, aber auch zum Alltag der e i g e n e n Geschichte gehört – und eigene Geschichte ist weiterhin vor allem die Geschichte des eigenen Landes, der eigenen Kultur, der eigenen Nation.

Dies ist verständlich, aber der historische Prozess, auf den die Erinnerung zielt, ist häufig transnational gewesen. Erinnerung und Geschichte sind auch in dieser Hinsicht nicht kongruent. Will man begreifen, was wirklich geschah, muss man oft über den nationalgeschichtlichen Tellerrand hinausblicken. Dann sieht man, dass die kollektive Erinnerung in ihrer nationalgeschichtlichen Begrenzung nur einen Ausschnitt erfasst. Und dieser Ausschnitt erscheint in anderem Licht, wenn man ihn als das erkennt, was er wirklich ist: als besonderer Teil eines größeren Ganzen.

Als Beispiel kann der 2009 in Deutschland stattfindende Boom von Erinnerungen an 1989 dienen. Tag für Tag beschäftigten sich die Medien mit den Vorgängen vor zwanzig Jahren. Die damaligen Ereignisse in Deutschland standen völlig im Mittelpunkt des Interesses, der Zeitzeugenberichte und der Gedenkveranstaltungen:

die Proteste der Ostdeutschen, ihr Drang in den Westen, die Berliner Mauer und ihre Öffnung am 9. November – und die großen Emotionen, die damit verbunden waren.

Aber was 1989 geschah, war in Wirklichkeit nicht ein Phänomen der deutschen – oder irgendeiner anderen – Nationalgeschichte. Es war ein dynamischer Zusammenhang mit grenzüberschreitender Erstreckung, eine transnationale Revolution. Erst im Licht der historischen Analyse erkennt man die Begrenztheit des national verengten Erinnerungsbetriebs.

Zunächst konzentriere ich mich auf das Jahr 1989 und seine Vorgeschichte. Ich spreche von dreimal zwei miteinander verknüpften Umbrüchen, zuerst in Polen und Ungarn, dann in der DDR und der Tschechoslowakei, schließlich in Rumänien und Bulgarien. Danach erweitere ich den Blick auf andere Teile Europas und auf die beiden Jahrzehnte, die seit jenen Umbrüchen vergangen sind. Am Ende überlege ich, mit welchem Recht die Umwälzung von 1989/90 als Revolution bezeichnet wird.

2.

Die sechs Fälle verliefen unterschiedlich. In gewissem Sinn kann man sagen, dass „1989“ schon 1980 begann, mit den Streiks auf der Werft in Danzig und der Gründung von *Solidarność*, ermutigt vom polnischen Papst, der 1979 sein Heimatland besucht hatte. Die 80er Jahre brachten eine ungünstige, enttäuschende Entwicklung der materiellen Verhältnisse mit zunehmender Unzufriedenheit, die fortschreitende Delegitimierung des Systems unter dem „Kriegsrecht“ und die allmähliche Entwicklung einer oppositionellen Gegenelite, die auch Kontakte zu Partei und Regierung besaß. Gewisse Reformen fanden seit 1986 statt, aber insgesamt bestand eine Pattsituation, die erst nach den Streiks vom Sommer 1988 in Bewegung kam, als man sich entschloss, einen „Runden Tisch“ – den ersten – einzurichten, für Verhandlungen zwischen der Regierung und verschiedenen sozialen, auch oppositionellen Gruppen. Diese Verhandlungen, mit der Kirche als potenziellem Schlichter und Garanten gefundener Vereinbarungen im Hintergrund, führten zum Kompromiss der halbfreien Wahlen im Juni 1989, die die Kommunisten haushoch verloren. Neue Parteien entstanden und die erste nicht-kommunistisch geleitete Regierung Polens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand, einschließlich der wieder legalen *Solidarność* – ein klares Zeichen der Anknüpfung an 1980/81 und der Startschuss für weitere Reformen umfassender Art.

In Ungarn gelangen in den späten 80er Jahren kleine Veränderungen, die von Reformkommunisten in Partei und Regierung – mit Kontakt zu oppositionellen Gruppen – unterstützt oder toleriert wurden, angetrieben von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vom Verlangen nach wirtschaftlichen Reformen. Das sowjetische Beispiel unter Gorbatschow spielte eine Rolle, die polnischen Veränderungen wurden beobachtet. Hier in Ungarn gingen entscheidende Anstöße zur Veränderung aus dem Regierungsbereich hervor. Es war das Zentralkomitee der ungarischen kommunistischen Partei selber, das im Februar 1989 nach der Bildung eines Mehrparteiensystems und der Abhaltung freier Wahlen rief. Im Juni wurden Dreiparteienverhandlungen geführt, zwischen Kommunisten, Oppositionsgruppen und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Ein Referendum und freie Wahlen folgten, in denen die Kommunisten unterlagen. Unter der Führung der neugegründeten Partei „Ungarisches Demokratisches Forum“ wurde eine nicht-kommunistische Regierung gebildet. Die Reformgesetzgebung wurde zügig begonnen: Verfassungsreformen, Schritte in Richtung einer Marktwirtschaft, der Schutz ethnischer Minderheiten.

Anders verlief die Entwicklung in der DDR und der Tschechoslowakei. Diese beiden Länder waren über die Jahre von konservativen Kommunisten und repressiven Regimen regiert worden. Die Verhältnisse waren hier starrer als in Polen und Ungarn. Die Veränderungen kamen hier später, sie verliefen dann stoßartiger, rascher, revolutionärer als in Polen und Ungarn. Sie wurden hier von schnell wachsenden Massenbewegungen vorangetrieben, statt durch institutionelle Kompromisse wie in Ungarn und Polen.

Die DDR stellte insofern einen Sonderfall dar, als sie nur einer von zwei Staaten gleicher Nationalität war. Der andere deutsche Staat im Westen war nicht nur viel größer und erfolgreicher, sondern auch ein permanenter Bezugspunkt, mit dem sich die Ostdeutschen verglichen, ein großer Bruder und Rivale, der die staatliche Teilung und damit die Existenz der DDR nie voll anerkannte. Dies zeigte sich unter anderem an seiner Staatsbürgerschaftspolitik, die am Prinzip einer deutschen Staatsbürgerschaft festhielt und wie eine ständige Einladung an alle Deutschen, auch die aus der DDR, wirkte. Dies hatte zur Folge, dass der Umbruch in der DDR mit der Forderung nach Reisefreiheit begann, mit dem Druck auswanderungswilliger Ostdeutscher auf die Grenzen der DDR und, als die Grenzen bröckelten, als Massenexodus zahlloser Ostdeutscher nach Westdeutschland. Auf faszinierende Art und Weise verbanden sich Massenexodus aus der DDR mit Massenbewegun-

gen in der DDR, die seit September 1989 auf den Straßen der ostdeutschen Städte in Erscheinung traten und lawinenartig anschwellen. Dieses Wechselspiel von Massenexodus und Massenbewegung – von exit und voice (Albert Hirschman) – setzte eine Dynamik in Gang, die in wenigen Monaten das Honecker-Regime zu Fall brachte, mit dem Mauerfall am 9. November als dramatischem Scheitelpunkt. Die Grenzöffnung machte es möglich, dass die Bewegung der Ostdeutschen nun Schritt für Schritt in den Sog der Politik der Bundesrepublik geriet, dass sich in die Forderungen nach Freiheit, Wohlstand und Demokratisierung immer deutlicher Forderungen nach nationalstaatlicher Einheit mischten. In den freien Wahlen vom März 1990 sprach sich eine große Mehrheit der Ostdeutschen für die Wiedervereinigung nach westdeutschem Muster aus. Diese fand, unter den gegebenen Machtverhältnissen, als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik statt. Nur hier führte das Ende des Kommunismus zum Ende selbständiger Staatlichkeit.

Erst Mitte November zündete der Funke der Revolution auch in Prag, zuerst in Zirkeln von Dissidenten, Schriftstellern, Künstlern und Studenten, die sich in Klubs und Theatern trafen; dann im Milieu streikender Arbeiter; sehr bald aber in Massendemonstrationen, die in wenigen Tagen bisher ungekannte Größenordnungen erreichten: Die Zahl der Teilnehmer schnellte in Prag für einige Tage auf ca. 750.000 hinauf.

Auch in Prag kam die Dynamik aus einer aktiven, sich schnell vervielfältigenden Massenbewegung auf breiter Basis, die mit nicht legalen, aber gewaltlosen Mitteln operierte. Diese Aktionen waren hier noch massiver, und der Prozess vollzog sich hier noch schneller als in der DDR. Während es ca. sechs Wochen gedauert hatte, bis Honecker in der DDR zurücktrat, und noch länger, bis alle anderen Mitglieder der „alten Garde“ abgetreten waren, dauerte es nur eine Woche, bis das tschechoslowakische Politbüro zurücktrat. Eine neue nicht-kommunistische Regierung wurde unter der Führung des neugegründeten Bürgerforums und ihrer slowakischen Schwesterorganisation, der VPN, schnell gebildet. Vaclav Havel, der regimekritische Dramatiker, politischer Gefangener über lange Zeit und sicherlich der beeindruckendste Führer der 89er Bewegung in Europa, wurde bereits im Dezember 1989 zum Präsidenten der Republik gewählt.

Weiter östlich, auf dem Balkan, verlief es anders. Rumänien wurde zum einzig wirklichen gewaltsamen Fall. Noch im November 1989 erklärte Nicolae Ceause-scu stolz, dass es keine Reformen geben werde. Er beabsichtigte, seine bizarre

Gewaltherrschaft fortzusetzen, in der Nepotismus, Personenkult und ein machtvoller Geheimdienst (Securitate) die zentralen Rollen spielten. Aber im Dezember entzündeten sich gesellschaftlicher Protest und Gewalt an der Situation der ungarischen Minderheit in der westlichen Stadt Temesvár, die als sich ausbreitende Massenproteste bald auf Bukarest übersprangen. Es kam zu einer Art Spaltung in der herrschenden Elite, die Streitkräfte unterstützten eine neugegründete „Front zur Nationalen Rettung“, also Gegner von Ceausescu, der zusammen mit seiner Frau gefangengenommen und am Weihnachtstag 1989 umgebracht wurde. Ion Iliescu wurde zum neuen Präsidenten berufen, ein früherer Kommunist, nun Post-Kommunist, der schon einige Jahre zuvor mit Ceausescu gebrochen hatte. Die Institutionen des alten Regimes wurden von ihm aber nur zu einem kleinen Teil reformiert.

In Bulgarien entwickelten sich die Konflikte, Proteste und ihre Unterdrückung um die türkisch-ethnische Minderheit, die von Generalsekretär Schiwkow, dem dienstältesten Diktator im kommunistischen Block, unterdrückt und zum Teil vertrieben wurde. Mitte November entschieden sich Parteireformer, vom Außenminister geführt, zu handeln und den alternden Führer zu verdrängen. Die damals typische Abfolge von Ereignissen schloss sich an: die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung von nicht-kommunistischen Parteien, ein „runder Tisch“ für die Planung freier Wahlen, einige Verfassungsänderungen und volle Staatsbürgerschaft für Moslems und Türken, eine Umbenennung der Kommunistischen Partei in „Bulgarische Sozialistische Partei“, dann die Wahlen selbst, die hier die ehemaligen Kommunisten gewannen.

Die Umstürze in Rumänien und Bulgarien glichen ein wenig Palast-Revolten, das heißt die Machtverhältnisse änderten sich als Resultat eines Kampfes zwischen verschiedenen Fraktionen der regierenden Elite. Personelle und institutionelle Kontinuität blieben stark ausgeprägt. Nichtsdestotrotz brachte der Umbruch auch hier die alte Ordnung zu Ende und die beiden Balkanländer auf ihren langen Weg „zurück nach Europa“.

3.

Die sechs Fälle waren unterschiedlich: langgestreckt und voll institutioneller Kompromisse in Polen und Ungarn, revolutionär in der DDR und der CSSR, putschartig in Rumänien und Bulgarien. Aber es bestanden auch wichtige Gemeinsamkeiten:

Erstens: Die Umbrüche beeinflussten sich gegenseitig, wie Steine in einem Domino-Spiel. Man beobachtete sich gegenseitig. Was an Reformen in Polen gelang, diente den Ungarn als Ermutigung und zeigte ihnen, was ungestraft möglich war. Die Öffnung der Grenzen Polens und Ungarns stellte Schleusen für den ost-deutschen Exodus nach Westen bereit, der die Protestneigung im Innern der DDR steigerte und die dortige Regierung diskreditierte. Die ungarischen Reformen wirkten sich auf Rumänien aus, wo die Unruhen nicht zufällig im westlichen Temesvár begannen, mit der dortigen ungarischen Minderheit. Sobald kommunistische Führer in einem Land gestürzt wurden, höhnte das die Legitimität kommunistischer Führungen anderswo aus. Hier liegt die herausragende Bedeutung von Polen und Ungarn, sie waren die ersten und dienten als Beispiele, sie wirkten ansteckend nach West und nach Ost.

Zweitens: Anders als in der Sowjetunion wurde der Umbruch in allen sechs Fällen nicht „von oben“ durch Regierungshandeln herbeigeführt, sondern im wesentlichen „von unten“ durch soziale Bewegungen erzwungen. Das gilt auch und besonders für Polen, wenn man – was sich durchaus empfiehlt – das ganze Jahrzehnt in den Blick nimmt. Polen ist auch analytisch ein spannender Fall. Denn hier wächst der Aufstand, der am Ende die Diktatur beseitigt, sehr klar aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus – man denke an Danzig 1980, an Solidarność und die Streiks im Sommer 1988. Dies war nicht so in der DDR, wo die Massenbewegung des Jahres 1989 nicht aus den Betrieben hervorging und nicht von Gewerkschaften angeführt wurde. Die soziale Zusammensetzung der Bewegungen, die die Regierungen der sechs Länder in die Enge trieben und zum Nachgeben drängten, verdienen eine gründlichere komparative Untersuchung, als sie hier geleistet werden kann. Doch überall galt in der einen oder anderen Weise: Das Volk wurde aktiv und zum Subjekt des Umbruchs.

Dieser hatte überall systemischen Charakter. Das heißt, es fanden gleichzeitig und innerhalb kurzer Zeit Änderungen des politischen Systems, der Wirtschaftsordnung, des sozialen Lebens und der dominanten Ideologien statt. All das war miteinander verknüpft.

Beides – die starke Rolle sozialer Bewegungen „von unten“ wie der systemische Charakter und die zeitliche Verdichtung der Veränderungen auf wenige Jahre, Monate und Wochen – machen es möglich, von den Umbrüchen 1989/90 als einer Revolution zu sprechen.

Drittens: Die Massen und die Aktivisten der 89er Bewegungen blieben weitestgehend gewaltlos. Ihre pazifistische Qualität war bemerkenswert, taktisch klug und nur verständlich auf dem Hintergrund der früheren Gewaltexzesse des 20. Jahrhunderts, die aufgrund der gemachten Erfahrungen vermieden werden sollten. Wichtig war auch, dass gewaltlose Demonstrationen und Regierungskritik im Prinzip anderswo anerkannt waren, im Prinzip also zur Verfügung standen, wenngleich sie im kommunistisch beherrschten Teil Europas nicht durchgesetzt wurden. Ebenso bemerkenswert war, dass die Regime zusammenbrachen und die herrschenden Eliten nachgaben, ohne gewaltsame Mittel wie Polizei und Armee für den entschiedenen Machterhalt einzusetzen. In Peking war es im Sommer 1989 noch anders verlaufen und das war bekannt! Im Gegensatz zu den faschistischen Diktaturen früherer Jahrzehnte lösten sich die kommunistischen Diktaturen am Ende des 20. Jahrhunderts weitgehend ohne Krieg und Gewalt auf, mit der Ausnahme Rumäniens, der Kämpfe im Baltikum und des Balkans in den 90er Jahren.

Viertens: In allen sechs Fällen spielte das Streben nach nationaler Identität und Autonomie eine große Rolle, es richtete sich gegen das supranationale Sowjetimperium. Alle Fälle bekräftigten, restaurierten und begründeten das Prinzip des Nationalstaats neu. Auf der andern Seite zielte die Rhetorik des Wandels auf eine Ordnung jenseits von Nation und Nationalstaat. „Europa“ und „Rückkehr nach Europa“ waren positiv besetzte Codewörter, man setzte sich für „Europäische Werte“ ein. Dazu gehörten Menschen- und Bürgerrechte wie auch staatsbürgerliche Pflichten und Solidarität. „Europa“, das implizierte „Marktwirtschaft“, „Zivilgesellschaft“ und freiheitliche Demokratie oder einfach nur eine „normale“ moderne Lebensweise. In der Sprache des Umbruchs war das gewünschte Gegenmodell zum „Kommunismus“ nicht „Kapitalismus“, sondern „Europa“, schreibt Tony Judt.

Fünftens: Schließlich hatten die schnellen und systemischen Veränderungen in den sechs Ländern ähnliche Ursachen. Fast überall im kommunistischen Zentral- und Osteuropa fand in den 80er Jahren wirtschaftlicher Niedergang statt und führte zu wachsender Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, zumal in einer Zeit, in der die Kommunikationsmedien die Grenzen überschritten und grenzüberschreitende Vergleiche möglich machten. Es gab andere destabilisierende Faktoren, beispielsweise die so stark von Willy Brandt beförderte Entspannungspolitik. Sie nahm den kommunistischen Regierungen die Möglichkeit weg, ihre kapitalistischen Nachbarn im Westen als bedrohliche Feinde darzustellen und über diese angebliche Bedrohung ihre diktatorische Herrschaft im eigenen Land zu legi-

timieren. Der generationelle Wandel spielte überdies seine Rolle. Die Erinnerung an Faschismus und Weltkrieg schwächte sich ab, aber diese Erinnerung hatte nach 1945 zur Legitimation des Kommunismus als der positiven antifaschistischen Alternative gedient. Neue kulturelle Praktiken setzten sich gerade bei den Jüngeren durch, mit Betonung der Individualisierung und des Konsums. Dies hatte wenig Affinität zur offiziellen marxistischen Ideologie, die ihre Kraft lange vor 1989 verlor.

Aber die wichtigsten Ursachen hinter den Veränderungen der Jahre um 1989 standen im Zusammenhang mit Gorbatschow. Er setzte mit seiner Reformpolitik seit 1985 ein Zeichen und machte deutlich, dass die Sowjetunion anders als 1953 in Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag und noch Anfang der 80er Jahre in Polen militärisch nicht eingreifen würde, um die Regime gegen fundamentale Herausforderungen im Innern zu stabilisieren. Dies war entscheidend.

Warum es zu diesem fundamentalen Wandel der sowjetischen Politik nach vielen Jahrzehnten kam, muss man erklären, wenn man „1989“ verstehen will. Vieles spielte dabei zusammen: Personen und ihr rascher Wechsel an der Spitze in Moskau, die Ermüdung eines alten Systems, der verlorene Krieg in Afghanistan, die harte Konkurrenz mit den USA unter Reagan, vor allem aber die langfristig nicht zu versteckende Unterlegenheit einer staatssozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft unter den Bedingungen der digitalen Revolution. Diese brauchte Dezentralisation, Netzwerkstrukturen und Freiheit, um ihr Potenzial zu entfalten. Dazu fehlte es in der Sowjetunion wie im gesamten Ostblock. Eisenbahnen, Hochöfen und Stahlwerke hatte man Anfang des 20. Jahrhunderts noch zentralwirtschaftlich bauen und leiten können, eine konkurrenzfähige IT-Industrie am Ende des Jahrhunderts aber nicht. Die sowjetischen Produktionsverhältnisse standen der Entwicklung der Produktivkräfte – und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Landes – im Weg. Dies war der tiefste Grund für den Zusammenbruch des Kommunismus.

4.

Die Umbrüche von 1989 brachten Gewinner, Verlierer und neue Ungerechtigkeiten hervor. Neue Ungleichheiten entstanden in den Gesellschaften im Zuge ihrer Transformation, sie forderten zur Kritik heraus, dies zeigt sich bis heute. Die Kontroversen um Täter und Opfer, um Schuld und Verwicklung, um Unrecht und Moral in den Zeiten der Diktaturen halten bis heute an. Sie sind durchweg mit politischen

Positionskämpfen verbunden. Es ist schwierig, mit der Erbschaft von Diktaturen umzugehen. Jedes Land macht es anders. Polen verfuhr in dieser Hinsicht lange behutsamer als beispielsweise wir in Deutschland.

Aber im Großen und Ganzen bedeutete 1989 für Millionen von Menschen und Familien einen gewaltigen Schritt vorwärts in Richtung Freiheit. Ich meine Menschen- und Bürgerrechte, politische Freiheiten und Mitwirkungsrechte, Reisefreiheit, überhaupt die Chance, das eigene Leben zu gestalten. 1989 endete die diktatorische Periode der europäischen Geschichte. Trotz aller Rückschläge, etwa in Russland, ist dieser Fortschritt bis heute nicht zurückgedreht worden.

Die Urteile über die letzten zwanzig Jahre differieren. Ich zitiere ein Urteil von Adam Michnik. Er schrieb in der Zeitschrift „Osteuropa“ 2009: Die 1989 neu gewonnene Freiheit „brachte Paradoxien mit sich. Die Arbeiter, die in Polen die Freiheit erstreikt hatten, waren die ersten Opfer der Transformation. Hochburgen der Solidarność gingen bankrott. Aber im gesamten Raum [gemeint ist Mittel- und Osteuropa], mit Ausnahme des Balkans und Russlands, hat es nie bessere zwanzig Jahre gegeben als die zurückliegenden.“ Und vielleicht ist es an diesem Ort und in dieser Vorlesung auch angemessen, Willy Brandt zu zitieren. Gefragt, welchen der drei Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – er nach seiner Lebenserfahrung für den wichtigsten halte, antwortete er in seiner Abschiedsrede: die Freiheit.

In Bezug auf die Geschichte des Kapitalismus ist die Wende der Jahre um 1989 eine tiefe Zäsur. Einerseits verlor der Kapitalismus seinen wichtigsten Widersacher. Seitdem erscheint er vielen geradezu ohne Alternative, wenn auch weiterhin reformbedürftig und, hoffentlich, reformierbar. Andererseits wurden durch den Zusammenbruch des kommunistischen Lagers und das Ende des Ost-West-Konflikts lange verschlossene Grenzen geöffnet, und das gab der längst ablaufenden Globalisierung, auch ökonomisch, einen neuen Schub. Beides beschleunigte den globalen Siegeszug des Kapitalismus, wie im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels vorausgesagt. Auch innerhalb der Gesellschaften nahm sein Gewicht mit Kommerzialisierung und Wettbewerbsverschärfung weiter zu. Die Kommodifizierung des Lebens ist auch in Territorien und Bereichen vorangeschritten, die von ihr bis dahin nicht erobert werden konnten. Der Kapitalismus verlor auch innere Grenzen. Ihm wurden mit dem Sieg über seinen Widersacher, den Kommunismus, einige innere Kontrollmechanismen entzogen, die in den Jahren

des Systemkonflikts dazu beigetragen hatten, ihn (den Kapitalismus) zu mäßigen und zu zähmen – durch regulierende Gesetze und Verordnungen der Behörden, durch absichernde Vorkehrungen des Sozialstaats wie durch soziales Verhalten und kulturelle Gewohnheit. Die marktliberale Deregulierung, die wachsende Bereitschaft zum immer größeren Risiko und die immer weniger gehemmte Entfesselung des Profitstrebens schwächten früher wirksame Brems- und Mäßigungsmechanismen ab, oder reflektierten deren Abschwächung. Vieles davon war schon vor 1989 auf dem Weg, aber 1989 öffneten sich ruckartig bis dahin mäßige Schleusen.

Vielleicht wären einige der Exzesse des Finanzkapitalismus, wie sie in den letzten Jahren hervortraten, im alten System abgebremst und vermieden worden. Vielleicht wären der Verlust an Vorsicht, der Rückgang von Langfristigkeit im Denken und Handeln sowie die Erosion der Verantwortung im Kapitalismus der letzten Jahre ohne den Emanzipationsschub von 1989/90 vermeidbar oder doch schwächer gewesen. Ein früher Triumph trägt häufig den Samen einer späteren Krise in sich. Hier besteht eine beunruhigende Verbindung zwischen 1989 und der Gegenwart. Gesucht ist eine neue Einbettung des Kapitalismus, sozial, politisch und kulturell. Es sieht nicht so aus, als ob diese bald gefunden sein würde.

Der Umbruch von 1989/90 bereitete eine tiefgreifende Umstrukturierung der geopolitischen Landschaft vor, ein Jahr später brach die Sowjetunion zusammen. Damit verschwand die letzte Verkörperung einer Ära, die nicht vom nationalstaatlichen Prinzip, sondern von supra-nationalen Reichen geprägt gewesen war. Sie ging nun definitiv zu Ende, nachdem sie schon im Ersten Weltkrieg und erneut nach dem Zweiten entscheidend geschwächt worden war. Der Ost-West-Konflikt, der die Weltpolitik für Jahrzehnte geprägt hatte, war vorbei. Die Welt wandelte sich von einem bipolaren System der Konkurrenz und gegenseitigen Kontrolle zweier Machtblöcke zu einer neuen, offeneren und ständig wechselnden Konstellation mit einer Supermacht (USA) und neu aufstrebenden Machtzentren wie China. Die Globalisierung, verstanden als transnationaler und transkontinentaler Prozess zunehmender Interdependenz, wurde enorm beschleunigt. Die gegenwärtige Krise bremst die Globalisierung nur vorübergehend ab. Der Wandel ist dauerhaft, immer neue Konflikte entstehen, vom „Ende der Geschichte“ spricht heute niemand mehr.

1989/90 haben viele Europäer – in Polen, in Frankreich, in Großbritannien und anderswo – besorgt auf die Deutschen geschaut. Würde ein wiedervereinigtes Deutschland nicht die europäische Balance stören und zum Störenfried werden, mit neuem machtpolitischen Ehrgeiz und revanchistischen Forderungen? Andere fürchteten, dass der Prozess der europäischen Integration versanden würde, denn einer seiner Hauptantriebe, der Kalte Krieg zwischen Ost und West, gehörte nun der Vergangenheit an. Beide Besorgnisse wurden übrigens Anfang der 90er Jahre auch von vielen Deutschen geteilt.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben diese Besorgnisse widerlegt. Ja, die große Wende hat auch in Mittel- und Osteuropa das Nationalstaatsprinzip neu bekräftigt. Die Völker und Staaten gewannen viel an nationaler Selbstbestimmung zurück, das gilt zweifellos für Polen und Deutschland. Doch das hat in der Regel nicht zu neuen Spannungen zwischen den Nationalstaaten geführt. Was das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen betrifft, wurde die Wiedervereinigung Deutschlands dazu genutzt, jahrzehntealte Gebietsansprüche zu begraben und die Grenzen anzuerkennen, wie sie sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt hatten. Die Zustimmung Europas zu ihrer Wiedervereinigung schien den meisten Deutschen durch die definitive Akzeptanz ihrer Ostgrenze nicht zu teuer bezahlt. Auch zwischen der europäischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung einerseits und der deutschen Zustimmung zur weiteren Intensivierung der europäischen Integration – bis hin zum Euro – bestand ein innerer Zusammenhang. Insgesamt hat kluge Politik dazu geführt, dass die Rückkehr zum nationalstaatlichen Prinzip mit Fortschritten der europäischen Einigung Hand in Hand ging – bis hin zur Erweiterung der EU 2004 und zur Vertiefung der Union mit dem Lisbon-Vertrag, der nach langen Anstrengungen nunmehr gilt.

Es ist wahr, Europa bleibt eine Baustelle und viel bleibt zu tun, erst recht, wenn man an den Balkan und an die Konfliktzone an der westlichen Grenze Russlands denkt. Es gibt keine Garantie für eine friedliche, glückliche Zukunft. Probleme entstehen immer neu. Aber wer vor sechzig Jahren oder auch nur vor dreißig Jahren das freie, friedliche und zunehmend geeinte Europa vorausgesagt hätte, wie es heute besteht, wäre als optimistischer Fantast verlacht worden. Der Umbruch von 1989/90 hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

5.

Es ist klar: Was 1989/90 geschah, hat Europa und die Welt verändert. Aber es ist weniger klar, wie dieser tiefe Umbruch genannt werden soll. Manche sprechen vom „Ende des Kommunismus“ oder vom „Ende der alten Ordnung“ in Mittel- und Osteuropa, andere von einer „Wende“. Wer den Begriff „Revolution“ gebraucht, fügt meistens ein qualifizierendes Adjektiv hinzu und spricht von der „friedlichen“, der „gewaltlosen“ oder der „samtenen“ Revolution. Der französische Historiker François Furet wies die Bezeichnung „Revolution“ zurück. Was 1989/90 in Europa geschah, sei vielmehr eine „Restauration“ gewesen. Andere dagegen vergleichen „1989“ mit „1789“, also mit der Großen Französischen Revolution, die den Feudalismus zu Ende brachte.

Dem Umbruch von 1989 fehlte aufs Ganze die blutige Gewaltsamkeit, die zum Teil schon seit der Englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, auf jeden Fall aber seit der nordamerikanischen und der französischen Revolution im späten 18. Jahrhundert gemeinhin als zentrales Merkmal von Revolution gilt, in der Alltagssprache wie in der wissenschaftlichen Literatur. Die Umwälzung von 1989 zielte auch nicht auf die Errichtung einer wesentlich neuen Gesellschafts- und Politikordnung ab. Weder hat sie sich an großen Utopien orientiert noch hat sie solche hervorgebracht – auch dies anders als 1789 in Frankreich, 1917 in Russland und 1949 in China. Sie wurde nicht von revolutionärer Intelligenz, gar von Berufsrevolutionären geleitet wie viele Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Sie lässt sich auch nicht als die Überwältigung einer Klasse durch eine andere deuten, wie es in Bezug auf die großen Revolutionen der Geschichte mit einigem Recht versucht worden ist. Überall, vor allem aber in Polen und Ungarn, gingen die oppositionellen Kräfte Kompromisse mit einem Teil der alten Gewalten ein, Vereinbarungen fanden statt anstatt klarer Schnitte. Nirgendwo hat nach dem Umbruch eine veritable Gegenrevolution stattgefunden. Aus all diesen Gründen zögern viele, die Umwälzung von 1989/90 als Revolution zu bezeichnen.

Andererseits war der Wandel, der stattfand, „systemisch“, also umfassend: Er betraf die politische Verfassung, die wirtschaftliche Ordnung, die sozialen Verhältnisse und die Kultur in ihrem Zusammenhang. Es handelte sich um einen Umsturz, der zum großen Teil durch Massenbewegungen, nicht durch die Reformpolitik der Regierungen zustande gebracht wurde. Und der Umbruch fand in relativ kurzer Zeit statt, er hatte stoßartigen Charakter, jedenfalls außerhalb Polens und Un-

garns. Die Wirkungen besaßen weltgeschichtliche Bedeutung. All dies macht es möglich, von Revolution zu sprechen, wie es im Titel dieses Aufsatzes geschieht. Viele aktiv Beteiligte, jedenfalls in Deutschland, beanspruchen diesen Begriff mit Emphase – auch in Erinnerung an die Gefahren, den Mut, den Zusammenhalt der Protestierenden, das Erlebnis der Befreiung, die Begeisterung jener Monate im Herbst 1989.

Der Revolutionsbegriff hätte sich damit verändert und erweitert. Er meint nunmehr kraftvolle, umfassende, stoßartige Umwälzungen, die entscheidend von sozialen Bewegungen vorangetrieben werden und die Gesellschaft als ganze erfassen, einschließlich ihrer wichtigsten Regeln und Institutionen – voll von Gewalt wie im 18., 19. und 20. Jahrhundert, oder eben gewaltlos wie 1989/90. Timothy Garton Ash sieht in der „Samtenen Revolution“ („Velvet Revolution“ oder VR, im Anschluss an zeitgenössische Bezeichnungen des Umsturzes in Prag) von 1989/90 sogar das Modell eines neuen Typus von Revolution: gewaltlos, anti-utopisch (oder doch nicht-utopisch), von breiten Koalitionen getragen (vom „Volk“), ohne scharf definierte Führungsgruppen und ohne Märtyrer, aber mit starker Beteiligung der Medien und reich an Inszenierungen und neuen Symbolen, auf allgemeine, gleiche und freie Wahlen hin orientiert, vor allem aber voll von ausgehandelten Kompromissen mit Mitgliedern des alten Systems – Kompromissen, die in der Folgezeit umstritten sind und als Abrücken von der eigentlichen Revolution angeprangert (von anderen aber verteidigt) werden. Dieser Typus der „Samtenen Revolution“ sei im Ansatz schon 1974 in Portugal gelungen; er sei auch nach 1989/90 immer wieder versucht worden, teils mit Erfolg wie im Baltikum und in Südafrika, teils scheiternd wie in Weißrussland und Kirgisistan, teils mit halbem Erfolg wie in Georgien und der Ukraine. Dieser Typus der „Samtenen Revolution“ habe Zukunft, auch außerhalb Europas.

Wer so definiert und spricht, dehnt den Revolutionsbegriff weit und subsumiert sehr Unterschiedliches darunter. Es ist bemerkenswert, wie positiv der Revolutionsbegriff derzeit konnotiert wird; das war nicht immer so. Zweifellos befindet sich der Begriff der Revolution im sprachlichen Wandel, der die neuen Erfahrungen des späten 20. Jahrhunderts reflektiert. Wenn man „Revolution“ breit definiert, kann man die Umbrüche von 1989 durchaus als „Revolution“ bezeichnen. Dies erlaubt dann weit zurückreichende Vergleiche.

Der Vergleich von 1989 mit 1789 ist kühn, aber nicht abwegig, wenn man bedenkt, dass 1989 das große weltgeschichtliche Experiment zu Grabe getragen wurde, das mit der Russischen Revolution von 1917 begann und im 20. Jahrhundert ungeheure Hoffnungen mobilisiert, aber auch unsägliches Leiden hervorgebracht hat. Es gab unzählige Unterschiede zwischen 1789 und 1989. Ich verweise hier nur auf zwei: 1789 fand der welthistorische Fortschritt, wie so oft, unter westeuropäischer Führung statt, 1989 dagegen mit Mittel- und Osteuropa im Zentrum. Die Revolution von 1789 entstand aus den inneren Konflikten e i n e s Landes, die von 1989 war dagegen – wie schon die Revolutionen von 1848/49 und am Ende des Ersten Weltkriegs – von Anfang an ein grenzüberschreitendes, transnationales Phänomen: ein großer Moment in der Geschichte Europas.

Erinnerung als individuelle oder kollektive Vergegenwärtigung von Vergangenem und Geschichte als wissenschaftliche Disziplin befruchten sich gegenseitig. Sie stehen aber auch in Spannung zueinander. E i n e r s e i t s : In Bezug auf „1989“ hat der lebhafteste Erinnerungsbetrieb des Jahres 2009 – mit medialer Dauerberieselung, unzähligen Gedenkveranstaltungen, Talk Shows, politischen Reden, Zeitzeugeninterviews, Großinszenierungen und öffentlichen Emotionen – auch zu einer Flut neuer wissenschaftlicher Untersuchungen und Darstellungen geführt. Umgekehrt konnte sich die öffentliche Beschäftigung mit „1989“, so subjektiv und unwissenschaftlich sie oft auch war, auf einen großen Bestand wissenschaftlicher Forschungsliteratur stützen, die in den vorangehenden Jahren entstanden war.

A n d e r e r s e i t s : Die von gegenwärtigen Verständigungsbedürfnissen, Vermarktungsinteressen und politischen Zwecken mitgesteuerte Erinnerung ist hochgradig selektiv und oftmals verkürzend, sie reißt aus dem Zusammenhang und kümmert sich nicht um Proportionen. In einer politischen Öffentlichkeit, die weiterhin nationalstaatlich verfasst ist und nationalsprachlich realisiert wird, liegt der nationalstaatliche Zuschnitt der historischen Erinnerung nahe. Überdies: Als Akt der Vergegenwärtigung, der auf Erlebnisse rekurriert, der sich auf Zeitzeugenberichte stützt und der eben dadurch wie durch emotionale Verdichtung seine „authentische“ Beglaubigung erreichen will, tendiert „Erinnerung“ meist zu kleinräumiger Rahmung: zur Vergegenwärtigung von Vergangenem im regionalen oder lokalen Rahmen, wenn nicht gar im erlebbaren Kleingruppenkontext, etwa der Familie. Damit werden aber die nicht leicht erlebbaren, von Zeitgenossen also kaum zu erzählenden, komplexen Zusammenhänge vernachlässigt, die mindestens so wichtig sind wie die erlebbaren und erzählbaren Ausschnitte der Wirk-

lichkeit, deren sich die Erinnerung annimmt, so etwa die weiträumig-transnationalen und die langfristig-historischen Bedingungen und Folgen von „1989“. Es ist die Chance und die Aufgabe von Geschichte als kritischer Wissenschaft, die meist viel punktuellere „Erinnerung“ in größere Zusammenhänge zu stellen, sie einzubetten und dadurch zu relationieren. Eben dies geschieht, wenn man „1989“ als transnationale Revolution analysiert, wie es vorstehend versucht wurde. Es besteht überdies die Hoffnung, dass dadurch zur Entstehung und Befestigung einer transnationalen Erinnerungskultur beigetragen wird, die im Zeitalter des Zusammenwachsens Europas und der fortschreitenden Globalisierung dringend als Ergänzung der national begrenzten Erinnerungskulturen benötigt wird.

Literatur:

1. Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München (Hanser) 1990
2. Steven Saxonberg, *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, Amsterdam (Overseas Publisher Association) 2001
3. Stephen R. Graubard (Hg.), *Exit from Communism*, New Brunswick/London (Transaction Publishers) 1993
4. Sorin Antohi u. Vladimir Tismanianu (Hg.), *Between Past and Future. The Revolutions of 1989 and their Aftermath*, Budapest (CEU Press) 2000
5. Klaus von Beyme, *Revolution of 1989-90 in Eastern Central Europe*, in: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Bd. 20, Amsterdam (Elsevier) 2001
6. Reinhart Koselleck u.a., *Revolution*, in: ders. u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart (Klett) 1984, S. 653-788
7. Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München (Hanser) 2006
8. Jürgen Kocka, *Reform and Revolution: Germany 1989-90*, in: Reinhard Rürup (Hg.), *The Problem of Revolution in Germany, 1789-1989*, Oxford/New York (Berghahn Books) 2000, S. 161-179
9. Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, Berlin (dtv) 2009
10. György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Europa*, München (Beck) 2009
11. Timothy Garton Ash, *1989!* und *Velvet Revolution: The Prospects*, in: *The New York Review of Books*, 5. Nov. und 3. Dez. 2009
12. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München (Beck) 2006
13. Martin Sabrow (Hg.), *Der Streit um die Erinnerung*, Leipzig (Akademische Verlaganstalt) 2008

Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski
Vizedirektor des Historischen Instituts
der Universität Breslau

Soziale Revolution – Revolution der Träume? Eine Glosse am Rande des Referats von Professor Jürgen Kocka

Die von Professor Kocka in seinem Vortrag präsentierte Vision besticht aus mindestens zwei Gründen. Zum einen durch die Bestrebung, eine Synthese zu bilden, die ein möglichst weites Feld umfasst, auf dem interessante Umbrüche vor sich gegangen sind. Trotz dieser breiten Perspektive vernachlässigt Kocka aber den „analytischen Nerv“ der Ausführungen nicht. Dieser manifestiert sich im Bestreben, logische Konstrukte, die die vergangene Wirklichkeit ordnen, auf stabile Fundamente zu gründen, die ihrerseits auf den vom Urheber dieses Konstrukts unabhängigen Phänomenen basieren: auf historischen Fakten.

Zweitens berichtete Professor Kocka, nachdem er dieses breite Panorama der Phänomene geschildert hatte, nicht über den Verlauf der politischen Ereignisse, ihrer Wechselbeziehungen im lokalen und regionalen Kontext. Er ging tiefer und wies auf ökonomische und soziale Wurzeln hin, auch auf politische, allerdings in einem breiteren, systembezogenen Kontext. Die verbale Betonung der Komplexität der politischen Phänomene der modernen Welt findet oft statt. Das Bestreben nach der Verifikation der Hypothesen aufgrund der realen Kenntnisse hingegen viel seltener. Der Referent wagte jenen schwierigeren Schritt, und erzielte dabei ein hervorragendes Ergebnis, ohne dass seine Ausführungen, die nicht nur an Historiker gerichtet waren, etwas an Attraktivität einbüßten. Als Pole fühlte man sich durch die Darstellungen des Referenten geschmeichelt: Der politische Wandel in Polen, so Kocka, sei infolge der von unten ausgehenden gesellschaftlichen Einwirkung erfolgt. Das passt zum Bild der Solidarność-Bewegung als einer Kraft, die einen bedeutenden Teil der polnischen Bevölkerung umfasste und fast ein ganzes Jahrzehnt dem prosovjetschen Regime Widerstand leistete, der schließlich zum Wandel führte – einem Wandel, der ganz Mitteleuropa umfasste und die

„sozialistischen“ Regimes hinwegfegte, die seit beinahe einem halben Jahrhundert über diesen Teil des Alten Kontinents geherrscht hatten. Das erst machte die deutsche Wiedervereinigung möglich. In einem Satz – den bekannten Ausspruch paraphrasierend: „Es hätte keine Freiheit ohne die Solidarność gegeben“.

Bei aller Anerkennung der Leistung des Referenten und seiner warmherzigen Worte gegenüber Polen bleiben jedoch noch Vorbehalte bestehen, die das vorgeschlagene Modell des 1988 bis 1989 in Mitteleuropa erfolgten Wandels betreffen. Ich möchte sie formulieren, indem ich von der Basis ausgehe, dem mir aus eigenen Untersuchungen bekannten Verhalten der Menschen in ländlichen Gemeinschaften in der Umgebung von Breslau – genauer gesagt in einem Dorf in der Gemeinde Kobierzycy (Koberwitz) sowie in einer damals von Arbeitern geprägten Stadt mit einigen zehntausend Einwohnern, Oleśnica (Oels). In beiden Fällen war der gesellschaftliche Widerstand gegen das Regime zwischen 1980 und 1981 stark. Besonders in dem Arbeitermilieu von Oels, das mit dem größeren Breslauer Zentrum der Bürgerrechtsbewegung verbunden war, wird das gut sichtbar. Dieser Widerstand hielt bis 1983 an. Mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde dieser jedoch immer schwächer. Bis 1987 ging die Zahl der Personen, die ihre Auflehnung gegen das Regime öffentlich ausdrückten, drastisch zurück. Das machte Straßendemonstrationen oder Massenauftritte in den Betrieben unmöglich. Auch in der Landgemeinde Koberwitz verstummte die sowieso nur vereinzelt und privat geäußerte Kritik an der Obrigkeit. Die offizielle Position, die 1982 bei einer Sitzung des Gemeinderats öffentlich vertreten wurde, klingt heute kurios: Erst die Verhängung des Kriegsrechts hätte der Staatsführung eine volle Umsetzung der Beschlüsse vom August 1980 ermöglicht, mit der sie eine Reform des Systems, die Erweiterung der Freiheiten und der demokratischen Grundrechte der Bürger angestrebt hätte. Niemand protestierte gegen diese Orwellsche Neusprache, diese Umdeutung der nicht weit zurückliegenden Vergangenheit.

Die Polen vergaßen den „Traum von Freiheit“ jedoch nicht, den sie während der echten friedlichen Revolution von 1980 mit Leben füllten. Sie träumten ihn allerdings vor allem privat und teilten ihn miteinander lediglich in Gesprächen ohne riskante öffentliche Auftritte. Den Machthabern gelang es also, selbst während des Höhepunkts der Unterstützung für die Solidarność innerhalb der Bevölkerung, die Bewegung aufgrund der Passivität der meisten Polen zu unterdrücken. Daraus leitet sich die entscheidende Frage ab: Wie konnten dieselben Polen dann tatsächlich mit der Kraft ihres – vor allem verbalen – Widerstands das Regime in den

Jahren 1988 und 1989 umstürzen? Das erscheint anzweifelbar. Entscheidender waren wohl Beschlüsse, die in Moskau getroffen wurden. Die Reformen von Michail Gorbatschow, der die Zentralmacht bewusst schwächte, in der Hoffnung, einen kontrollierten, für das sowjetische Regime positiven Wirtschaftswandel herbeizuführen, fanden ihren Niederschlag in den Satellitenländern. Die tragische Wirtschaftslage Polens nach dem ökonomischen Kollaps Anfang der 80er Jahre ließ die polnische Machtelite diese Hoffnungen des sowjetischen Generalsekretärs teilen. Erst das von ihnen angestoßene Bestreben nach politisch-wirtschaftlichen Reformen und der damit einhergehende Zerfall des Repressionsapparats ermöglichte die Blüte von gesellschaftlichen Aktivitäten, die den Wandel brachten.

Die Kraft der gesellschaftlichen Reaktion auf das vage, unklare und unsichere Angebot seitens der Regierung ergab sich aus der Beständigkeit des Traums, der die Bevölkerung seit August 1980 belebte. Das Regime schlug den Polen eine eigene Version dieses Traums von Freiheit vor, die mit der Erfahrung der vergangenen und gegenwärtigen Wirklichkeit unvereinbar war. Diese Lüge, konfrontiert mit der Wirklichkeit, hatte ohne die Anwendung von Gewalt keine Chance, von der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Etwas ganz anderes waren die Träume und Wünsche, die auf die Erfahrung der seit Jahren verdeckten gesellschaftlichen Zusammenarbeit und Selbstorganisation gegründet waren und zu spektakulären Ergebnissen wie dem Abschluss der Augustabkommen führten. Dieser Traum bezog sich auf die Realität. Er war eine gemeinsame Generationserfahrung der Polen, die sie an ihre Kinder weitergaben und durch Erinnerungen im Freundes- und Familienkreis stärkten. Die Hoffnung auf Verwirklichung dieses Traums, dauerhaft das „Antlitz dieser Erde“ verändern zu können, stützte sich damit nicht nur auf Worte, sondern auf reale Erlebnisse.

Die „Revolution von 1989“ war damit in Polen eine Konfrontation von zwei Träumen der Bevölkerung – einem imaginären und einem hoffnungs- und erinnerungsvollen. Die Wirklichkeit setzte sich durch und der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel wurde zu einer „Revolution der Träume“.

Aufgrund seines speziellen Charakters griff dieser Wandel in kürzester Zeit auch auf die Gesellschaft über. Sowohl für die Anhänger des alten Regimes als auch für ehemalige Oppositionelle gingen die Träume von Demokratisierung, Freiheit und einer Wende hin zum freien Wettbewerb in der Wirtschaft in Erfüllung. Der Nationalstolz, der in dem nationalistischen – nicht im pejorativen Sinn dieses Wortes –

polnischen Staat ununterbrochen lebendig war, ermöglichte es sowohl den alten Regimeeliten als auch den Oppositionsanhängern, ein neues Idealziel zu kreieren: die Idee von den Polen als Volk, das den Kampf der Völker um die Freiheit anführt. Es ging nicht nur um eine Anknüpfung an messianische, romantische Traditionen der nationalen Befreiungskämpfe. Vorgeschlagen wurde vielmehr eine Modernisierung dieses Mythos: Die Polen wurden als Anhänger der Moderne dargestellt, als gut wirtschaftende Reformatoren, die bereit sind, ihre Ruhe zugunsten der – diesmal nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen – Freiheit aufzugeben. Und schließlich als ein Volk, das ohne Komplexe der Zivilisations- und Kulturgemeinschaft des Westens angehört, da es eine stolze Vergangenheit hinter sich und eine große Zukunft vor sich hat. Eine Zukunft, die durch die spontane, alle Polen umfassende Bewegung des Kampfes um Demokratie in den Jahren 1979 bis 1989 erschlossen wurde.

Jürgen Kocka schlägt uns seine Interpretation des analogischen Mythos vor – betrachtet aus europäischem Blickwinkel. Betont sei noch einmal, dass Kocka eine historische Analyse vollzieht. Das Bestreben, die „Revolution von 1988 und 1989“ lediglich als Folge der politischen Bedürfnisse zu verstehen und damit einen Mythos zu schaffen, der den Westen mit Mitteleuropa verbindet, könnte langfristig schwerwiegende Folgen haben. Ein gesellschaftlicher Traum, der lediglich auf den Interessen der Eliten basiert, ist nicht dauerhaft und bleibt ohne nachhaltige gesellschaftliche Folgen. Die Wirklichkeit wird immer stärker sein. Es lohnt sich also – wie es der Referent getan hat – nach dem Verständnis zu suchen, wirklichkeitsbasierende Bilder zu schaffen, tiefer in sie einzudringen und der eigenen Geschichtsinterpretation damit Tragfähigkeit zu verleihen. Die diesbezügliche Verantwortung der Sozialwissenschaftler – ob Historiker, Soziologen oder Politikwissenschaftler – ist dabei nicht zu unterschätzen.



1. Krzysztof Ruchniewicz



2. Knut Dethlefsen und Jürgen Kocka (von links)
Od lewej: Knut Dethlefsen i Jürgen Kocka



3. Jürgen Kocka



4. Krzysztof Ruchniewicz und Jürgen Kocka (von links)
Od lewej: Krzysztof Ruchniewicz i Jürgen Kocka

Wykład ku czci Willy Brandta 2009

Jürgen Kocka

**1989 –
ponadnarodowa rewolucja
i jej następstwa**



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

centrum im. willy brandta
willy brandt centrum




Wykład ku czci Willy Brandta 2009

**1989 –
ponadnarodowa rewolucja
i jej następstwa**

Jürgen Kocka

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE


centrum im. willy brandta
willy brandt centrum

Tłumaczenie: Adam Peszke

Wydawca: Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce

Nieodpłatna dystrybucja:

Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce

ul. Podwale 11, PL 00-252 Warszawa

© 2009 Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce

ul. Podwale 11, 00-252 Warszawa

Projekt serii i opracowanie graficzne: Janusz Pilecki

Druk: GRAF

Wszelkie prawa zastrzeżone

Printed in Poland 2010

ISBN 978-83-860888-7-4

Spis treści

1. Wprowadzenie
Knut Dethlefsen,
Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce 5
2. Powitanie
prof. dr hab. Adam Jezierski,
prorektor ds. nauki i współpracy z zagranicą Uniwersytetu Wrocławskiego 7
prof. dr hab. Przemysław Wiszewski,
wicedyrektor Instytutu Historycznego Uniwersytetu Wrocławskiego 9
3. Wprowadzenie
prof. dr hab. Krzysztof Ruchniewicz,
Dyrektor Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta
Uniwersytetu Wrocławskiego 11
4. **1989 – ponadnarodowa rewolucja i jej następstwa**
prof. dr Jürgen Kocka, Centrum Naukowe Badań Społecznych w Berlinie 16
5. Słowo kończące
Rewolucja społeczna – rewolucja marzeń?
Głos na marginesie referatu prof. Jürgena Kocki
prof. dr hab. Przemysław Wiszewski,
wicedyrektor Instytutu Historycznego Uniwersytetu Wrocławskiego 31

Knut Dethlefsen

Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce

Drodzy Czytelnicy,

chyba żaden inny rok nie przeobraził Europy doby powojennej tak trwale i głęboko jak rok 1989, kiedy to w ciągu kilku miesięcy załamały się ustroje komunistyczne w Europie Środkowej i Wschodniej. Po kilkudziesięciu latach zimnej wojny i podziału kontynentu doszło nagle do przewyciężenia powojennego ładu, ustanowionego w Jałcie. Zachodnia i wschodnia część kontynentu znów zaczęły się ze sobą zrastać. Obecnie wiele krajów, w których ludzie wymusili wówczas – przede wszystkim pokojowymi środkami – transformację ustrojową, należy już do Unii Europejskiej.

Chociaż wydarzenia roku 1989 miały znaczenie ogólnoeuropejskie, wspominano owe dni w ich dwudziestą rocznicę głównie z perspektywy historii poszczególnych krajów. W Polsce podkreślano długą genezę na poły wolnych wyborów z 4 czerwca 1989 roku, choćby wizytę papieża w roku 1979, powstanie ruchu Solidarności w sierpniu 1980 roku, ale również ponury okres stanu wojennego. W Niemczech z kolei z rokiem 1989 kojarzą się przede wszystkim letnie masowe ucieczki obywateli NRD, poniedziałkowe demonstracje w Lipsku, otwarcie muru berlińskiego późnym wieczorem 9 listopada i – w konsekwencji – zjednoczenie kraju w październiku 1990 roku.

Bez wątplenia te wszystkie wydarzenia stanowią dla danego narodu ważne elementy identyfikacji. W przeszłości jednak, wspominając te wypadki, tak ważne dla historii poszczególnych państw, nader często tracono z oczu perspektywę międzynarodową. A właśnie owo wzajemne powiązanie międzynarodowe jest – nawet w jeszcze większym stopniu niż niestosowanie przemocy – tym, co stanowi o historycznej wyjątkowości przełomów, do których doszło w roku 1989.

Fenomenem roku 1989, rozumianym jako proces ponadnarodowy, zechciał zająć się w poniższym wykładzie Jürgen Kocka. Pokazuje on dokładnie, jak należy inter-

pretować mozolnie wynegocjowane przejście do demokracji w Polsce i na Węgrzech, rewolucyjne wypadki w NRD i Czechosłowacji oraz przypominającą pucz zmianę władzy w Bułgarii i Rumunii – nie tylko autonomicznie, lecz zawsze z uwzględnieniem wydarzeń w krajach sąsiednich.

Otwarcie granicy przez Węgry skłoniło tysiące wschodnich Niemców do ucieczki, tworząc presję na rząd NRD. Zachęceni wydarzeniami w Polsce, na Węgrzech i w NRD, na ulice wyszli niebawem ludzie w Pradze. Z Węgier zaś rewolucyjna iskra przeskoczyła wreszcie również na Rumunię.

Mianem „paradoksalnego spełnienia komunistycznego marzenia” określa w związku z tym rok 1989 brytyjski historyk Timothy Garton Ash. „Komuniści marzyli o międzynarodówce proletariackiej, która poniesie rewolucję z jednego kraju do drugiego; w latach 1989-1991 rewolucja rzeczywiście rozszerzała się z jednego kraju na drugi, a efektem było wyjście z komunizmu.”

Także Fundacja im. Friedricha Eberta szybko zdała sobie sprawę z międzynarodowego zasięgu tych przełomowych wydarzeń. Fundacja utrzymywała wprawdzie już od 1970 roku relacje z Polską, ale dopiero zmiana ustroju w roku 1989 umożliwiła jej otwarcie biura w polskiej stolicy. Również z tego względu szczególnie cieszę się z tematu niniejszego wykładu ku czci Willy’ego Brandta.

Życzę Państwu zatem inspirującej lektury.

Prof. dr hab. Adam Jezierski

Prorektor ds. nauki i współpracy z zagranicą
Uniwersytetu Wrocławskiego

Szanowni Państwo,

rok 2009 w sposób wyjątkowy nasycony jest treściami historycznymi. Oczywiście przyczyną tego stały się okrągłe rocznice, których upamiętnianie odbywa się szczególnie intensywnie w naszej części Europy. Kilka tygodni temu minęło dwadzieścia lat od powołania w Polsce pierwszego od 1945 roku niekomunistycznego premiera. Była to konsekwencja przemian utożsamianych z „okrągłym stołem” i wyborami parlamentarnymi z 4 czerwca 1989 roku. Wkrótce potem rozpoczęła się słynna „Jesień Narodów” z czeską „aksamitną rewolucją”, zburzeniem muru berlińskiego, wreszcie krwawym upadkiem reżimu rumuńskiego.

Polska i kraje naszego regionu odzyskały wolność i pełną suwerenność, Niemcy dokonały zjednoczenia. To zniewolenie i podziały, których byliśmy ofiarami przez długie dekady, były konsekwencjami innych ważkich wydarzeń, których 70. rocznicę także upamiętniamy w tym roku. Wybuch wojny 1 września 1939 roku stanowi jedną z najbardziej wyrazistych cezur w historii Polski jako państwa, jako narodu i jako pojedynczych ludzi. Pamięć o tragedii wojny ciągle jest żywa w naszych rodzinach. W pokoleniu naszych rodziców i dziadków natykamy się bez przerwy na ślady ran wojennych. Powoduje to, iż wojna nie jest tylko tematem z podręcznika, czy audycji telewizyjnej, jest doświadczeniem osobistym. I choć odchodzą świadkowie tamtych czasów, pamięć o nich trwa.

Równocześnie kształt tej pamięci jest przedmiotem analizy, dyskusji i – jak to obserwujemy – politycznego sporu. Dla narodów naszej części Europy wojna nie ma tylko oblicza nazistowskiej agresji. Jej drugą twarzą jest ekspansja reżimu komunistycznego, której drogę otworzył pakt Hitler-Stalin, a utrwaliła akceptacja Zachodu dla dominacji radzieckiej po pokonaniu III Rzeszy. Przy tej okazji chcę zwrócić uwagę, jak długą drogę musiały pokonać narody tej części Europy, by wyjść z pełnego grozy i przemocy cienia 1939 roku Swobody politycznej i społecznej,

której smak niewolny jest czasem od gorzkiej nuty, doświadczamy od ledwie 20 lat. W historii to niewiele. Traktujmy to jednak jako wstęp do epoki prawdziwej wolności i pokoju na naszym kontynencie. Refleksja nad historią może nam pomóc ten wielki przełom stale na nowo doceniać i utrwalać.

Mam nadzieję, że wykład prof. Jürgena Kocki, jednego z wybitnych niemieckich historyków badających dzieje społeczeństwa, zwróci uwagę na tą dłuższą perspektywę „rewolucji europejskiej 1989” roku. Chcę podziękować Fundacji Eberta, Przedstawicielstwu w Polsce, jej byłemu dyrektorowi, panu Peterowi Hengstenbergowi oraz nowemu, panu Knutowi Dethlefsenowi za inicjatywę organizacji wraz z naszym Centrum Brandta dorocznych wykładów poświęconych postaci patrona tej placówki. Dziękując ustępującemu dyrektorowi, witamy serdecznie jego następcę i cieszymy się na dalszą współpracę. Pragnę też podziękować naszemu Centrum Brandta za zorganizowanie tego wykładu, a Państwu życzę interesującego wykładu i owocnych dyskusji.

Prof. dr hab. Przemysław Wiszewski
Wicedyrektor Instytutu Historycznego
Uniwersytetu Wrocławskiego

Szanowni Państwo,

gdy opadał pył po napoleońskiej epopei historia stała się pilnie potrzebna politykom jako źródło argumentów w politycznych sporach wielkich mocarstw i małych, uciśnionych narodów. Historia polityczna, skupiona na wielkich wydarzeniach, miała wskazywać, kto ma większe prawo władać poszczególnymi fragmentami Europy. Ludom Starego Kontynentu nie przyniosło to pokoju, a wręcz przeciwnie – zachęcane wizjami dawnej świetności raz po raz toczyły spory i wojny, a wreszcie złożyły na ołtarzu polityki historycznej krwawą ofiarę w latach Wielkiej Wojny.

Wraz z końcem zmagania wojennych rozpoczęło się budowanie nowej wizji przeszłości. Znaczący udział w tym wysiłku mieli badacze zajmujący się historią społeczną. To oni wskazywali, jak wielki był wpływ na życie Europy podskórnych, niewidocznych na kartach kronik i stronach gazet zmian zachodzących w wielkich i małych grupach społecznych. To dzięki nim historycy podjęli współpracę z socjologami, psychologami społecznymi, ekonomistami... A w rezultacie przeszłość przestała być zbiorem przykładów wspierających wywody potrzebujących jej polityków. Stała się w większej mierze własnością społeczeństwa, ściślej z nim związana, mocniej kładąca nacisk na rolę, jaką zbiorowy suweren dziejów odgrywa także we współczesności.

Profesor Jürgen Kocka jest bez wątpienia klasykiem badań z zakresu historii społecznej. Z ogromną radością w imieniu społeczności wrocławskich historyków chciałbym powitać go w murach naszego Uniwersytetu. A jednocześnie chciałbym zapewnić go, że z równie ogromnym zainteresowaniem śledzić będziemy jego refleksję nad przemianami lat 1988-1989. Dla polskiego społeczeństwa był i jest to nadal moment bez wątpienia przełomowy, formujący jego przyszłość. Tym bardziej więc z zaciekawieniem śledzić będziemy spojrzenie mistrza badań z po-

granicza historii, socjologii i politologii zwrócone w tym kierunku. Zrozumienie społecznego tła historii niesie nadzieję na uniknięcie błędów o konsekwencjach nie tylko znaczących, ale przede wszystkim długotrwałych. Wysłuchanie uwag światowej sławy praktyka refleksji nad krętymi ścieżkami zmian zachodzących w społeczeństwach, będącego jednocześnie człowiekiem stojącym poza naszymi uwikłaniami w tę historię, daje nam unikalną szansę spojrzenia na siebie oczami nie pozbawionego empatii eksperta.

Panie Profesorze, proszę przyjąć nasze szczere podziękowanie za wyrażenie chęci podzielenia się z nami namysłem nad tak ważnym zwłaszcza dla nas momentem europejskich dziejów. Słuchajmy – i diskutujmy, bo prawda o przeszłości wyłania się z wymiany zdań, ze zderzenia poglądów i doświadczeń, ginie zaś w zgodnej, poprawnej politycznie ciszy. Tej ciszy, z którą nasz Gość od lat walczy swą wiedzą i kunsztem.

Prof. dr hab. Krzysztof Ruchniewicz
Dyrektor Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich
im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego

Szanowni Państwo,

już po raz siódmy z inicjatywy Fundacji Eberta, Przedstawicielstwa w Polsce, spotykamy się, by w ramach serii wykładów „Willy Brandt Lectures” uczcić pamięć patrona naszej placówki, Willy’ego Brandta, wybitnego niemieckiego polityka i laureata pokojowej nagrody Nobla. Dziś gościmy prof. Jürgena Kockę, znanego historyka zajmującego się historią społeczną Niemiec i Europy. Wybrany przez niego temat dzisiejszego wykładu jest dobitnym dowodem silnych związków naszej teraźniejszości z historią. W tym roku obchodzimy bowiem wiele rocznic, które są ważne nie tylko dla Polski, naszego zachodniego sąsiada, lecz także dla całego Starego Kontynentu. Proszę pozwolić, że podzielę się uwagami na temat roli i znaczenia wydarzeń roku 1989 z polskiego punktu widzenia. W dalszej części przedstawię krótko sylwetkę naszego referenta.

1.

Upadek komunizmu nie był wydarzeniem nagłym i jednorazowym, ograniczonym do wydarzeń 1989 roku. Można jego oznak dopatrywać się w całym powojennym okresie, niemalże od czasu zainstalowania reżimów komunistycznych w krajach podporządkowanych ZSRR. Próba przeniesienia systemu stalinowskiego na te kraje okazała się w perspektywie historycznej wielką porażką. Radziecki komunizm wzbudzał opór społeczny, motywowany nie tylko odrzucaniem ideologii, ale także oporem narodowym z powodu wcześniejszych długich konfliktów w niektórych krajach z Rosją. W bloku wschodnim co pewien czas dochodziło do kulminacji społecznego niezadowolenia, czego owocem były strajki, zamieszki, a nawet powstania. Uwagę zwrócić trzeba także na próby pokojowej zmiany systemu poprzez jego reformowanie. Ponieważ jednak system okazał się do reform niezdolny, tak politycznych jak i gospodarczych, kryzysy krótkotrwałe przerodziły się w zatanianie stałe. Najpoważniejsza próba wewnętrznego ratowania systemu, gorba-

czowska *pierestrojka*, stała się przyspieszaczem zmian i przysłowiowym zielonym światłem dla narodów Europy Środkowo-Wschodniej w ich dążeniach do odzyskania suwerenności.

2.

W polskiej historiografii, edukacji, jak i publicystyce, podkreśla się stałą obecność tendencji opozycyjnych wobec narzuconego systemu komunistycznego. Ich intensywność była różna, w niektórych okresach ograniczała się do środowisk elitarnych. Jednak fakty pozostawienia w Polsce prywatnej własności na wsi oraz niezależności Kościoła katolickiego powodowały, że kontestowanie ustroju miało solidne oparcie. Umacniała je jeszcze spora niezależność środowisk naukowych i twórczych po 1956 r., dzięki której możliwe były pewne dyskusje i wykuwanie się stanowisk politycznych.

3.

Historycy mówią o tzw. polskich miesiącach, które symbolizują opór Polaków wobec komunizmu w latach 1956-1980. Po zdławieniu legalnej i nielegalnej opozycji w końcu lat 40. do nowych wystąpień antystalinowskich doszło w 1956 r. – w czerwcu i październiku. Krwawy robotniczy bunt w Poznaniu nie przerodził się jednak w zbrojne powstanie na miarę wydarzeń na Węgrzech. Jesienią doszło do zmiany władzy i częściowej liberalizacji systemu. W Polsce, wyczerpanej straszliwymi stratami wojennymi, nie dochodziło do bezpośredniej konfrontacji zbrojnej między przeciwnikami reżimu i jego opoką. W opozycji praktykowano metody pokojowe: demonstracje, strajki, głodówki, budowanie niezależnego od władz obiegu informacji i dyskusji społecznej. Wprawdzie w ostatnim czasie w polskiej polityce historycznej na plan pierwszy wybija się kult Powstania Warszawskiego 1944, którego heroizm i hekatombę trudno porównać z jakimkolwiek innym wydarzeniem polskiej historii narodowej XX wieku, jednak ogół Polaków docenia fakt zdobycia wolności metodami bezkrwawej rewolucji, na pozór tak sprzeczny z naszą historią walki o niepodległość w XIX i pierwszej połowie XX wieku.

4.

Upadek komunizmu w Polsce widziany jest w połączeniu z wydarzeniami w całym bloku wschodnim. Potocznie uważa się jednak, że wkład Polski w dzieło znisz-

czenia systemu był największy, gdyż tu wystąpienia społeczne powtarzały się cyklicznie i nie miały jednorazowego charakteru. Wymienia się zatem takie daty-wydarzenia jak: wspomniany rok 1956, 1968 rok (rewolta studentów i inteligencji), 1970 rok (strajki robotnicze na Wybrzeżu), 1976 rok (kolejna fala strajków robotniczych i powstanie organizacji opozycji politycznej), 1980 rok (powstanie niezależnego od władzy związku zawodowego „Solidarność”, wspólne wystąpienie robotników, rolników i inteligencji). Wiele mówi się o roli papieża Jana Pawła II, w czym upatrywać trzeba w części dążeń hagiograficznych wobec osoby powszechnie szanowanej i wielbionej. Z drugiej jednak strony osoba papieża oddaje znaczenie w powojennej historii Polski katolicyzmu dla zachowania niezależności myśli i przechowania tradycji narodowej oraz znaczenie polityczne Kościoła jako mediatora i opiekuna pokrzywdzonych. Papież reprezentuje także intelektualne oblicze antykomunistycznego sprzeciwu, podczas gdy Lech Wałęsa, przewodniczący Solidarności jest kolejnym wcieleniem historycznej figury odważnego przywódcy ludowego.

5.

Wyjątkowość wydarzeń lat 1980-1981 polega na masowym, ogólnonarodowym ich charakterze, który powstał w wyniku wspólnego działania inteligencji i robotników, czego nie było w 1968 czy 1970 roku.

6.

Upadek polskiego komunizmu rozkłada się na całe lata 80., spięte strajkami powszechnymi na początku i końcu dekady. Solidarność, mimo osłabienia represjami, przetrwała te lata jako organizacja, dysponująca ogólnym programem i kadrami. Musieli to uznać słabnący komuniści, których rządy podkopywał ogromny kryzys gospodarczy i brak wsparcia Moskwy. Dla 1989 roku wydarzeniami symbolami, obciążonymi jednak w Polsce współczesnej różnymi politycznymi kontrowersjami, są: koniec obrad tzw. Okrągłego Stołu i porozumienie opozycji z władzą, wybory w czerwcu 1989 roku do parlamentu i wprowadzenie do sejmu i senatu licznej reprezentacji opozycji, mianowanie pierwszego niekomunistycznego od 1944 roku premiera w osobie Tadeusza Mazowieckiego. Przemiany kończy zmiana nazwy państwa, rozwiązanie partii komunistycznej i zmiana ustrojowa w wyniku wprowadzenia całkowicie wolnych wyborów i obieralnego w powszechnych wyborach prezydenta. Usilnie podkreśla się, iż te ważne wydarzenia rozegrały się na

długo przed zburzeniem muru berlińskiego, który obecnie stał się ikoną „Jesieni Narodów”, i innymi wydarzeniami w bloku wschodnim. Zmiany w Polsce miały charakter ewolucyjny, prowadziły przez okres współzrządzenia z komunistami do wzięcia przez opozycję pełnej odpowiedzialności za kraj, znajdujący się w głębokim załamaniu gospodarczym, marazmie społecznym.

7.

W latach 1989/1990 nowa ekipa stanęła przed wyzwaniem nie mniejszym niż rządy odbudowujące Polskę po jej odrodzeniu w 1918 roku. Obawy co do rozwoju sytuacji w Polsce po upadku komunizmu silne były wśród analityków i polityków zachodnich. Największy kraj regionu, z rozsypującą się gospodarką, brakiem praktyki demokratycznego sprawowania władzy, nie dla każdego jawił się w tym czasie jako przyszły stabilny partner. Rewolucja Solidarności przerodziła się w rewolucję wielopłaszczyznowej transformacji, której sukcesy i porażki już są przedmiotem dyskusji publicznej i naukowej. Upadek systemu komunistycznego otworzył dla Polaków okres wyjątkowej szansy, jakiej w swych dziejach doświadczali niezwykle rzadko. Czując 20. rocznicę wydarzeń roku 1989, albo nawet kłócąc się o te wydarzenia, Polacy musieli także spojrzeć na dorobek tego najnowszego okresu w swoich dziejach i przypomnieć sobie punkt wyjścia. A była nim nie tylko jesień 1989 roku, ale i jesień 1939 roku. Konsekwencją wielkiej klęski była – mimo późniejszego wysiłku zbrojnego, zawartych sojuszy, ogromnych strat ludzkich i materialnych – utrata suwerenności i możliwości samodzielnego kształtowania swego rozwoju.

Sądzę, że nawiązania do powyższych refleksji, jak i wiele innych, nowych, odkrywczych spostrzeżeń znajdzie się w wykładzie, jaki za chwilę wystłuchamy. Prof. Jürgen Kocka urodził się w 1941 roku. Studiował w Wiedniu, Berlinie i North Carolina historię, politologię, socjologię i filozofię. W 1968 roku obronił rozprawę doktorską na Wolnym Uniwersytecie w Berlinie, wkrótce habilitował się. W latach 1973-1988 był profesorem na Uniwersytecie Bielefeld, a w roku 1988 został profesorem Wolnego Uniwersytetu w Berlinie. Wraz z Hansem-Ulrichem Wehlerem utworzył tzw. szkołę bielefeldzką, która zrewolucjonizowała niemieckie badania historyczne poprzez wprowadzenie refleksji nad rolą i znaczeniem historii społecznej. Profesor Jürgen Kocka znacząco przyczynił się do inicjowania i realizowania historycznych studiów komparatystycznych. Szczególnym zainteresowaniem Profesora cieszą się takie tematy jak: historia robotników i pracy, europejskiego miesz-

czeństwa, historia społeczna NRD oraz teoretyczne rozważania na temat historii społecznej i komparatystyki. Jest autorem licznych publikacji. W Polsce kilka lat temu w prestiżowej Poznańskiej Bibliotece Niemieckiej ukazał się wybór jego artykułów pod tytułem „O historii społecznej Niemiec”.

Na koniec pragnę podziękować Fundacji im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwu w Polsce, za zorganizowanie tego cyklu wykładów. Wyrażam wdzięczność byłemu dyrektorowi Przedstawicielstwa, Peterowi Hengstenbergowi za lata owocnej współpracy i przyjaźni, która wytrzymała trudny okres w dziejach Centrum. Nowemu dyrektorowi, Knutowi Dethlefsenowi dziękuję za chęć kontynuowania wykładów w przyszłości. Żywię gorącą nadzieję, że nie będzie to jedyny projekt, jaki wspólnie zrealizujemy. Panu Prorektorowi ds. Nauki i Współpracy z Zagranicą, prof. Adamowi Jezierskiemu dziękuję za życzliwość władz naszej Uczelni, a prof. Przemysławowi Wiszewskiemu, wicedyrektorowi Instytutu Historycznego za współpracę w organizacji wykładów.

Panie Profesorze, proszę o zabranie głosu.

Jürgen Kocka

1989 – rewolucja ponadnarodowa i jej następstwa

1.

Na pamięć historyczną największy wpływ ma historia danego narodu. Pamięć zbiorowa jest w poszczególnych krajach różna. Istnieją wprawdzie wydarzenia przypominane na skalę międzynarodową, takie jak napaść Niemiec na Polskę, która rozpoczęła drugą wojnę światową i której 70. rocznicę obchodzono 1 września 2009 roku przy dużym zainteresowaniu świata. Są też projekty badawcze, skoncentrowane na europejskich miejscach pamięci – czy też na polsko-niemieckich miejscach pamięci (Robert Traba). Najczęściej jednak w bujnie rozwijającej się literaturze wspomnieniowej dominuje perspektywa historii narodowej. Media, pomniki czy imprezy rocznicowe przypominają i czczą zwykle czyny i cierpienia, triumfy i katastrofy, ale także dzień powszedni w ł a s n e j historii – a własna historia to nadal przede wszystkim historia własnego kraju, własnej kultury, własnego narodu.

Jest to zrozumiałe, jednak proces historyczny, do którego odwołuje się pamięć, miał często charakter ponadnarodowy. Pamięć i historia także pod tym względem nie w pełni przystają do siebie wzajemnie. Jeśli chce się zrozumieć, co rzeczywiście się wydarzyło, trzeba zwykle zdjąć z oczu klapki historii narodowej. Można wtedy zobaczyć, że pamięć zbiorowa ograniczona historią narodową obejmuje tylko pewien wycinek. Wycinek ten ukaże się zaś w innym świetle, jeśli uda się go zrozumieć jako to, czym rzeczywiście jest, czyli jako szczególną część większej całości.

Jako przykład może posłużyć boom na wspomnienia o roku 1989, który nastąpił w Niemczech w roku 2009. Media codziennie zajmowały się wypadkami sprzed dwudziestu lat. Zainteresowanie publiczne, relacje świadków epoki oraz okolicznościowe imprezy skupiły się całkowicie na ówczesnych wydarzeniach w N i e m c z e c h: na protestach wschodnich Niemców, ich próbach przedostania się na Zachód, murze berlińskim i jego zburzeniu 9 listopada – a także wielkich emocjach z tym związanych.

Jednak to, co stało się w roku 1989, nie było w rzeczywistości fenomenem niemieckiej – czy jakiegokolwiek innej – historii narodowej. Był to dynamiczny splot wydarzeń o zasięgu transgranicznym, rewolucja ponadnarodowa. Dopiero w świetle analizy historycznej można uświadomić sobie ułomność przypominania przeszłości w sposób zawężony do jednego narodu.

Skupię się najpierw na roku 1989 i jego genezie. Omówię trzy związane ze sobą pary przełomów, najpierw w Polsce i na Węgrzech, potem w NRD i Czechosłowacji, a wreszcie w Rumunii i Bułgarii. Następnie rozszerzę perspektywę o inne części Europy i o dwie dekady, które minęły od owych przełomów. Na koniec zastanowię się, na ile słusznie przeobrażenia z lat 1989/90 określa się mianem rewolucji.

2.

Sześć omawianych tu przypadków miało odmienny przebieg. W pewnym sensie można powiedzieć, że rok 1989 zaczął się już w roku 1980, od strajków w Stoczni Gdańskiej i założenia Solidarności, do czego impuls dał polski papież, który w 1979 roku odwiedził swoją ojczyznę. Lata 80. przyniosły niekorzystne, rozczarowujące zmiany sytuacji gospodarczej, którym towarzyszył wzrost niezadowolonia społecznego, postępującą delegitymizację systemu podczas „stanu wojennego” i stopniowe kształtowanie się opozycyjnej kontrelity, która utrzymywała również kontakty z partią i rządem. Pewne reformy były realizowane od 1986 roku, ale ogólnie rzecz biorąc zapanowała sytuacja patowa, która zaczęła się zmieniać dopiero po strajkach z lata 1988 roku, kiedy zdecydowano się zwołać – pierwszy – „okrągły stół” do rokowań pomiędzy rządem a różnymi, także opozycyjnymi grupami społecznymi. Negocjacje te, z Kościołem w tle jako potencjalnym mediatorem i gwarantem osiągniętych porozumień, doprowadziły do kompromisu w postaci na poły wolnych wyborów w czerwcu 1989, które komuniści przegrali z kretesem. Powstały nowe partie i utworzono pierwszy nie kierowany przez komunistów rząd Polski od zakończenia drugiej wojny światowej, z udziałem ponownie zalegalizowanej Solidarności – co było wyraźnym symbolem nawiązania do lat 1980/81 i sygnałem do dalszych szerokich reform.

Na Węgrzech pod wpływem trudności ekonomicznych i żądania reform gospodarczych udało się pod koniec lat 80. zrealizować drobne zmiany, popierane lub tolerowane przez nastawionych reformatorsko komunistów w partii i rządzie,

utrzymujących kontakty z grupami opozycyjnymi. Pewną rolę odegrał przykład Związku Radzieckiego pod rządami Gorbaczowa, obserwowano też zmiany zachodzące w Polsce. Na Węgrzech decydujące impulsy do zmian wyszły ze sfer rządowych. To sam Komitet Centralny Węgierskiej Partii Komunistycznej wezwał w lutym 1989 roku do utworzenia systemu wielopartyjnego i przeprowadzenia wolnych wyborów. W czerwcu odbyły się rokowania trójstronne pomiędzy komunistami, grupami opozycyjnymi i innymi organizacjami społecznymi. Następnie doszło do referendum i wolnych wyborów, które komuniści przegrali. Pod kierunkiem nowo założonej partii „Węgierskie Forum Demokratyczne” utworzono niekomunistyczny rząd. Szybko i sprawnie uchwalano reformatorskie ustawy, dotyczące reform konstytucyjnych, wprowadzania gospodarki rynkowej, ochrony mniejszości etnicznych.

Inaczej rozwijały się wypadki w NRD i Czechosłowacji. Oba te kraje były przez wiele lat rządzone przez konserwatywnych komunistów i represyjne reżimy. Sytuacja była tu bardziej skostniała niż w Polsce i na Węgrzech. Zmiany przyszły później i miały gwałtowniejszy, szybszy i bardziej rewolucyjny przebieg niż w Polsce i na Węgrzech. Siłą napędową były tu szybko rozszerzające się ruchy masowe, nie zaś kompromisy instytucjonalne jak na Węgrzech i w Polsce.

NRD stanowiła przypadek szczególny o tyle, że była jednym z dwóch państw tego samego narodu. Położone na Zachodzie drugie państwo niemieckie było nie tylko dużo większe i miało na koncie znacznie więcej sukcesów, lecz pełniło również rolę stałego punktu odniesienia, z którym porównywali się wschodni Niemcy, rolę wielkiego brata i rywala, który nigdy w pełni nie uznał podziału Niemiec, a zarazem istnienia NRD. Przejawem tego była między innymi jego polityka dotycząca obywatelstwa, która trzymała się zasady *j e d n e g o* obywatelstwa niemieckiego, co oddziaływało jak nieustające zaproszenie dla wszystkich Niemców, także dla tych z NRD. W konsekwencji przełom w NRD rozpoczął się od żądania swobody podróżowania, od presji pragnących wyemigrować wschodnich Niemców na granice NRD, a kiedy te przestały być szczelne, nastąpił masowy *exodus* wschodnich Niemców do Niemiec Zachodnich. W fascynujący sposób masowy *exodus* z NRD połączył się z ruchami masowymi w samej NRD, które od września 1989 pojawiły się na ulicach wschodnioniemieckich miast, rozszerzając się lawinowo. To wzajemne oddziaływanie masowego *exodusu* i ruchu masowego – *exit* i *voice* (Albert Hirschman) – uruchomiło dynamikę, która w ciągu kilku miesięcy obaliła reżim Honeckera i której dramatycznym punktem kulminacyjnym był upadek muru 9 listo-

pada. Otwarcie granic sprawiło, że wschodnioniemiecki ruch zaczął stopniowo wpaść w wir polityki RFN, a z żądaniami wolności, dobrobytu i demokratyzacji zaczęły się coraz wyraźniej mieszać żądania zjednoczenia w jednym państwie narodowym. W wolnych wyborach z marca 1990 roku zdecydowana większość wschodnich Niemców opowiedziała się za zjednoczeniem kraju na wzór zachodnioniemiecki. W istniejącym wówczas układzie sił dokonało się ono w formie przystąpienia NRD do RFN. Tylko tu koniec komunizmu doprowadził do ustania samodzielnego bytu państwowego.

Dopiero w połowie listopada iskra rewolucji zapłonęła także w Pradze, najpierw w środowiskach dysydentów, pisarzy, artystów i studentów, którzy spotykali się w klubach i teatrach, potem wśród strajkujących robotników, wkrótce jednak na masowych demonstracjach, które w parę dni osiągnęły niespotykane do tej pory rozmiary: liczba ich uczestników w Pradze gwałtownie wzrosła w ciągu kilku dni aż do ok. 750 tysięcy.

Również w Pradze źródłem dynamiki był aktywny, szybko rozszerzający się ruch masowy o szerokiej bazie społecznej, operujący środkami nielegalnymi, lecz nie stosujący przemocy. Akcje te były tu jeszcze bardziej zmasowane, a cały proces dokonał się jeszcze szybciej niż w NRD. Honecker ustąpił w NRD po ok. sześciu tygodniach, a jeszcze więcej czasu minęło, zanim zrezygnowali wszyscy inni członkowie „starej gwardii”. Natomiast czeskosłowackie biuro polityczne ustąpiło po zaledwie tygodniu. Szybko utworzono nowy, niekomunistyczny rząd pod kierunkiem nowo założonego Forum Obywatelskiego i jego słowackiej organizacji siostrzanej VPN. Vaclav Havel, opozycyjny dramaturg, wieloletni więzień polityczny i z pewnością najbardziej charyzmatyczny przywódca ruchu roku 1989 w Europie, został już w grudniu 1989 roku wybrany na prezydenta republiki.

Dalej na wschód, na Bałkanach, sprawy potoczyły się inaczej. Rumunia stała się jedynym krajem, w którym rzeczywiście doszło do użycia siły. Jeszcze w listopadzie 1989 roku Nicolae Ceausescu oświadczył z dumą, że żadnych reform nie będzie. Zamierzał kontynuować swoje ekstrawaganckie rządy przemocy, w których główną rolę odgrywał nepotyzm, kult jednostki i wszechmocna tajna policja (*Securitate*). W grudniu sytuacja mniejszości węgierskiej w położonym na zachodzie kraju Temeszwarze (rum. *Timisoara* – przyp. tłum.) doprowadziła jednak do protestów społecznych i użycia przemocy. Rozszerzające się masowe protesty objęły wkrótce Bukareszt. Doszło do swoistego rozłamu w łonie panującej elity, siły

zbrojne poparły nowo założony „Front Ocalenia Narodowego”, czyli przeciwników Ceausescu, który wraz z żoną został uwięziony, a w dzień Bożego Narodzenia 1989 roku stracony. Na nowego prezydenta wyznaczono Iona Iliescu, wcześniej komunistę, teraz postkomunistę, który już kilka lat wcześniej zerwał z Ceausescu. Instytucje starego reżimu zostały jednak zreformowane przez niego tylko w niewielkim stopniu.

W Bułgarii źródłem konfliktów, protestów i ich tłumienia była turecka mniejszość etniczna, prześladowana i częściowo wysiedlana z polecenia sekretarza generalnego Todora Żiwkowa, najstarszego stażem dyktatora w bloku komunistycznym. W połowie listopada reformatorzy partyjni na czele z ministrem spraw zagranicznych zdecydowali się na działanie i odsunięcie starzejącego się przywódcy. Później nastąpił typowy wówczas ciąg wydarzeń: zwolnienie więźniów politycznych, zgoda na działalność partii niekomunistycznych, „okrągły stół” służący zaplanowaniu wolnych wyborów, zmiany konstytucyjne i nadanie pełnych praw obywatelskich muzułmanom i Turkom, przemianowanie partii komunistycznej na „Bułgarską Partię Socjalistyczną”, a następnie same wybory, które wygrali tu byli komuniści.

Przewroty w Rumunii i Bułgarii przypominały nieco pałacowe rewolucje, co oznacza, że układ sił zmienił się w rezultacie walki pomiędzy różnymi frakcjami rządzącej elity. W znacznej mierze zachowano ciągłość kadrową i instytucjonalną. Tym niemniej i tutaj przełom przyniósł kres starego ustroju i skierował oba kraje bałkańskie na ich długą drogę „z powrotem do Europy”.

3.

Sześć opisanych przypadków różniło się od siebie nawzajem: w Polsce i na Węgrzech przemiany były rozłożone w czasie i obfitowały w kompromisy instytucjonalne, w NRD i CSRS miały charakter rewolucyjny, a w Rumunii i Bułgarii przypominały pucz. Istniały jednak również ważne podobieństwa:

Po pierwsze: przełomy te oddziaływały na siebie jak kostki domina. Obserwano się nawzajem. Reformy, które udały się w Polsce, służyły Węgrom jako zachęta, pokazując im, co może ująć bezkarnie. Otwarcie granic Polski i Węgier stworzyło śluzę dla wschodnioniemieckiego *exodusu* na Zachód, który zwiększył skłonność do protestów w samej NRD i zdyskredytował tamtejszy rząd. Reformy

węgierskie miały wpływ na Rumunię, gdzie niepokoje nieprzypadkowo rozpoczęły się w położonym na zachodzie kraju Temeszwarze z tamtejszą mniejszością węgierską. Upadek komunistycznych przywódców w jednym kraju podważał legitymizację komunistycznego kierownictwa gdzie indziej. Na tym polega doniosłe znaczenie Polski i Węgier – były one pierwsze i posłużyły jako przykłady, działając zaraźliwie w kierunku zachodnim i wschodnim.

Po drugie: inaczej niż w Związku Radzieckim we wszystkich sześciu przypadkach przełom nie dokonał się „odgórnie”, wskutek działań rządu, lecz został wymuszony „oddolnie”, przez ruchy społeczne. Dotyczy to również i zwłaszcza Polski, jeśli – co naprawdę warto – przyjrzymy się całej dekadzie. Także pod względem analitycznym Polska to niezwykle ciekawy przypadek. Tu bowiem powstanie, które ostatecznie obaliło dyktaturę, wyrosło bardzo wyraźnie z tradycji ruchu robotniczego – wystarczy przypomnieć Gdańsk 1980, Solidarność i strajki latem 1988 roku. Inaczej było w NRD, gdzie masowy ruch w roku 1989 nie wywodził się z zakładów pracy i nie był kierowany przez związki zawodowe. Struktura społeczna ruchów, które postawiły rządy tych sześciu krajów w sytuacji bez wyjścia i zmusiły je do ustępstw, zasługuje na dogłębniejszą analizę porównawczą niż ta, którą można tu przeprowadzić. Jednak wszędzie w ten czy inny sposób było tak, że naród podjął działanie, stając się podmiotem przełomu.

Przełom ten miał wszędzie charakter systemowy. Oznacza to, że jednocześnie i w ciągu krótkiego czasu nastąpiły zmiany ustroju politycznego, ładu gospodarczego, życia społecznego i dominujących ideologii. Wszystko to było ze sobą powiązane.

Oba czynniki – ważna rola „oddolnych” ruchów społecznych oraz systemowy charakter i zawężenie czasu zmian do kilku lat, miesięcy i tygodni – sprawiają, że można mówić o przełomach z lat 1989/90 jako o rewolucji.

Po trzecie: masy i czołowe postaci ruchów roku 1989 w ogromnej większości nie stosowały przemocy. Ich pacyfistyczny charakter był znamieny, mądry taktycznie i nader zrozumiały w kontekście wcześniejszego skrajnego nadużywania przemocy w XX wieku, czego ze względu na zebrane doświadczenia należało unikać. Ważne było również to, że demonstracje bez użycia siły i krytykowanie rządu były gdzie indziej zasadniczo uznawane, a zatem w zasadzie można się było do nich odwołać, mimo że nie zdobyły sobie prawa obywatelstwa we władanej przez

komunistów części Europy. Równie znamienne było to, że reżimy upadły, a panujące elity uległy, nie stosując przemocy w postaci policji i wojska w celu zdecydowanego utrzymania władzy. W Pekinie przebiegło to latem 1989 roku jeszcze inaczej i był to fakt znany! W przeciwieństwie do faszystowskich dyktatur z poprzednich dziesięcioleci dyktatury komunistyczne pod koniec XX wieku rozpadły się w większości przypadków bez wojny i użycia przemocy, z wyjątkiem Rumunii, stać w krajach bałtyckich i Bałkanów w latach 90.

Po czwarte: we wszystkich sześciu przypadkach dużą rolę odegrało dążenie do zachowania tożsamości narodowej i uzyskania autonomii, zwrócone przeciwko ponadnarodowemu imperium radzieckiemu. Wszystkie przypadki utwierdziły, odnowiły i uzasadniły na nowo zasadę państwa narodowego. Z drugiej strony retoryka przemian była ukierunkowana na porządek wykraczający poza naród i państwo narodowe. „Europa” i „powrót do Europy” były hasłami nacechowanymi pozytywnie, opowiadano się za „wartościami europejskimi”. Należały do nich prawa człowieka i obywatela, a także obowiązki obywatelskie i solidarność. „Europa” implikowała „gospodarkę rynkową”, „społeczeństwo obywatelskie” i wolność słowa i demokrację, czy po prostu tylko „normalny” nowoczesny sposób życia. W języku przełomu pożądanym modelem alternatywnym dla „komunizmu” nie był „kapitalizm”, lecz „Europa” – pisze Tony Judt.

Po piąte: szybkie i systemowe przemiany w tych sześciu krajach miały w sumie podobne przyczyny. Prawie w całej komunistycznej Europie Środkowej i Wschodniej nastąpiła w latach 80. zapaść gospodarcza, która doprowadziła do wzrostu niezadowolenia ludności, i to w okresie, gdy komunikacja medialna przekroczyła granice, umożliwiając międzynarodowe porównania. Były też inne czynniki destabilizujące, na przykład tak bardzo promowana przez Willy’ego Brandta polityka odprężenia. Odebrała ona rządowi komunistycznym możliwość prezentowania ich kapitalistycznych sąsiadów na Zachodzie jako groźnych wrogów i legitymizowania ich dyktatorskich rządów we własnym kraju za pośrednictwem tego rzekomego zagrożenia. Ponadto pewną rolę odegrała zmiana pokoleniowa. Pamięć o faszyzmie i wojnie światowej zacierała się, a po 1945 roku pamięć ta służyła do legitymizowania komunizmu jako pozytywnej antyfaszystowskiej alternatywy. Nowe wzorce kulturowe zyskały uznanie zwłaszcza osób młodszych, coraz większą wagę przykładano do indywidualizacji i konsumpcji. Miało to niewiele wspólnego z oficjalną ideologią marksistowską, która utraciła swoją siłę na długo przed 1989 rokiem.

Jednak najważniejsze przyczyny przemian w okresie około roku 1989 były związane z Gorbaczowem. Swoją polityką reform od 1985 roku dał on sygnał i dobitnie pokazał, że – inaczej niż w 1953 roku w Berlinie, w 1956 roku w Budapeszcie, w 1968 roku w Pradze i jeszcze na początku lat 80. w Polsce – Związek Radziecki nie dokona interwencji wojskowej, żeby zapewnić tamtejszym reżimom stabilizację w obliczu fundamentalnych wyzwań w ich własnych krajach. To zadecydowało.

Jeśli chce się zrozumieć „rok 1989”, trzeba wyjaśnić, dlaczego po wielu dziesięcioleciach doszło do tej fundamentalnej zmiany radzieckiej polityki. Złożyło się na to wiele czynników: osoby na szczytach władzy w Moskwie i ich szybka wymiana, zmęczenie starego systemu, przegrana wojna w Afganistanie, ostra konkurencja z USA za czasów Reagana, jednak przede wszystkim nie dająca się na dłuższą metę ukryć niższość administrowanej centralnie gospodarki państwowego socjalizmu w warunkach rewolucji cyfrowej. Aby rozwinąć swój potencjał, rewolucja ta potrzebowała decentralizacji, struktur sieciowych i swobody. Brakowało tego w Związku Radzieckim i całym bloku wschodnim. W ramach scentralizowanej gospodarki można było jeszcze na początku XX wieku budować koleje żelazne, wielkie piece i huty oraz zarządzać nimi, nie dotyczyło to jednak konkurencyjnego przemysłu informatycznego pod koniec stulecia. Radzieckie stosunki produkcji stały na drodze rozwojowi zasobów produkcyjnych – a przez to konkurencyjności kraju. Była to główna przyczyna upadku komunizmu.

4.

Na przełomach z roku 1989 jedni zyskali, drudzy stracili, pojawiły się też nowe rodzaje niesprawiedliwości. Nowe formy nierówności powstawały w społeczeństwach w związku z ich transformacją, stając się przyczyną krytyki, o czym można przekonać się do dziś. Kontrowersje wokół sprawców i ofiar, wokół winy i uwikłania, wokół bezprawia i moralności w okresach dyktatur utrzymują się do chwili obecnej. Są one bez wyjątku związane z politycznymi walkami pozycyjnymi. Trudno jest uporać się ze spuścizną dyktatur. Każdy kraj robi to inaczej. Polska postępowała pod tym względem przez długi czas ostrożniej niż na przykład my w Niemczech.

Jednak – ogólne rzecz biorąc – rok 1989 oznaczał dla milionów ludzi i rodzin ogromny krok naprzód ku wolności. Mam na myśli prawa człowieka i obywatela,

wolności polityczne i prawa do partycypacji politycznej, swobodę podróżowania i w ogóle możliwość swobodnego kształtowania swojego życia. Rok 1989 zakończył dyktatorski okres europejskiej historii. Mimo wszystkich kroków wstecz, choćby w Rosji, tego postępu do dziś nie udało się powstrzymać ani cofnąć.

Oceny ostatnich dwudziestu lat bywają rozmaite. Zacytuję opinię Adama Michnika. Napisał on w czasopiśmie *Osteuropa* w roku 2009, że nowo zdobyta w 1989 roku wolność „przyniosła ze sobą paradoksy. Robotnicy, którzy wywalczyli w Polsce wolność strajkami, byli pierwszymi ofiarami transformacji. Twierdze Solidarności zbankrutowały. Ale w całym regionie [chodzi o Europę Środkową i Wschodnią], z wyjątkiem Bałkanów i Rosji, nigdy nie było lepszych dwudziestu lat niż te minione.” Być może w tym miejscu i podczas tego wykładu stosowne będzie też zacytowanie Willy’ego Brandta. Zapytany, którą z trzech głównych wartości socjaldemokracji – wolność, sprawiedliwość, solidarność – uważa zgodnie ze swoim doświadczeniem życiowym za najważniejszą, odpowiedział w pożegnalnym przemówieniu: wolność.

W odniesieniu do historii kapitalizmu przełom związany z rokiem 1989 stanowi wyraźną cezurę. Z jednej strony kapitalizm utracił swego najważniejszego rywala. Od tego czasu jawi się wielu ludziom jako ustrój nie mający alternatywy, choć nadal wymagający reform i – miejmy nadzieję – reformowalny. Z drugiej strony dzięki upadkowi bloku komunistycznego i zakończeniu konfliktu Wschód-Zachód otwarto zamknięte przez długi czas granice, co dało nowy impuls trwającej od dawna globalizacji. Oba te czynniki przyspieszyły triumfalny pochód kapitalizmu przez świat, jak przepowiadał „Manifest Komunistyczny” Marksa i Engelsa. Także wewnątrz społeczeństw za sprawą komercjalizacji i zaostrzenia konkurencji jego znaczenie jeszcze bardziej wzrosło. Komodyfikacja życia posunęła się naprzód także na tych obszarach i w tych dziedzinach, których wcześniej nie udawało jej się zdobyć. Kapitalizm utracił również granice wewnętrzne. W wyniku zwycięstwa nad swoim rywalem, komunizmem, pozbawiony został pewnych wewnętrznych mechanizmów kontroli, które w dobie konfliktu ustrojów przyczyniały się do utrzymania go w ryzach i poskramiania – poprzez regulujące ustawy i rozporządzenia władz, zabezpieczające działania państwa opiekuńczego oraz poprzez zachowania społeczne i nawyki kulturowe. Wolnorynkowa deregulacja, rosnąca gotowość do coraz większego ryzyka i coraz mniej powstrzymywane dążenie do nieograniczonych zysków osłabiły skuteczne uprzednio mechanizmy hamujące i powściągnięte – lub stanowiły odzwierciedlenie ich osłabienia. Wiele tych procesów

torowało sobie drogę już przed 1989 rokiem, ale w tymże roku otworzyły się nagle śluzy, które do owej chwili pełniły rolę powstrzymującą.

Być może niektóre wynaturzenia kapitalizmu finansowego, które wystąpiły w ostatnich latach, zostałyby w starym systemie zamortyzowane lub dałoby się ich uniknąć. Być może bez fali emancypacji z lat 1989/90 dałoby się uniknąć utraty ostrożności, zaniku długofalowego myślenia i działania oraz erozji odpowiedzialności w kapitalizmie ostatnich lat, albo zjawiska te wystąpiłyby z mniejszą siłą. Szybki triumf nosi często w sobie zarodek późniejszego kryzysu. Istnieje tu niepokojący związek pomiędzy rokiem 1989 a teraźniejszością. Poszukiwane jest nowe społeczne, polityczne i kulturowe osadzenie kapitalizmu. Nie wygląda na to, że uda się je rychło znaleźć.

Przełom, który dokonał się w latach 1989/90, przygotował głęboką restrukturyzację krajobrazu geopolitycznego; rok później upadł Związek Radziecki. Zniknęło w ten sposób ostatnie ucieleśnienie epoki, zdominowanej nie przez zasadę państwa narodowego, lecz przez imperia ponadnarodowe. Podstawy tej epoki uległy osłabieniu podczas pierwszej wojny światowej, a potem ponownie i w decydujący sposób po drugiej wojnie światowej, teraz zaś ostatecznie dobiegła ona końca. Konflikt Wschód-Zachód, który przez całe dziesięciolecia wywierał przemożny wpływ na politykę światową, odszedł w przeszłość. Świat przeobraził się z dwubiegunowego systemu konkurencji i wzajemnej kontroli dwóch potężnych bloków w nową, bardziej otwartą i stale zmieniającą się konstelację z j e d n y m supermocarstwem (USA) i krajami aspirującymi do rangi nowych mocarstw, takimi jak Chiny. Globalizacja, rozumiana jako ponadnarodowy i transkontynentalny proces wzrastającej wzajemnej zależności, uległa ogromnemu przyspieszeniu. Obecny kryzys spowalnia globalizację jedynie przejściowo. Przemiany trwają, powstają wciąż nowe konflikty, nikt już nie mówi o „końcu historii”.

W latach 1989/90 wielu Europejczyków – w Polsce, we Francji, w Wielkiej Brytanii i gdzie indziej – patrzyło z niepokojem na Niemców. Czy zjednoczone Niemcy nie naruszą europejskiej równowagi i nie zaczną mącić atmosfery, przejawiając nowe mocarstwowe ambicje i stawiając rewanżystowskie żądania? Inni niepokoił się, że proces integracji europejskiej utknie w martwym punkcie, ponieważ odeszła w przeszłość jedna z jego głównych sił napędowych, czyli zimna wojna pomiędzy Wschodem i Zachodem. Obie te obawy podzielało zresztą na początku lat 90. także wielu Niemców.

Minione dwie dekady zaprzeczyły tym obawom. Owszem, wielki przełom także w Europie Środkowo-Wschodniej utwierdził na nowo zasadę państwa narodowego. Narody i państwa znacznie zwiększyły zakres samostanowienia narodowego, co niewątpliwie dotyczy Polski i Niemiec. Jednak z reguły nie wywoływało to nowych napięć pomiędzy państwami narodowymi. Jeśli chodzi o relacje pomiędzy Niemcami i Polską, to zjednoczenie Niemiec udało się wykorzystać do pogrzebienia utrzymujących się przez dziesiątki lat roszczeń terytorialnych i do uznania granic, jakie ukształtowały się do chwili zakończenia drugiej wojny światowej. Ostateczne zaakceptowanie granicy wschodniej nie wydawało się większości Niemców zbyt wygórowaną ceną za zgodę Europy na zjednoczenie ich kraju. Istniał też wewnętrzny związek pomiędzy zgodą Europy na zjednoczenie Niemiec a zgodą Niemiec na dalszą intensyfikację integracji europejskiej, łącznie z wprowadzeniem euro. W sumie mądra polityka sprawiła, że powrót do zasady państwa narodowego szedł w parze z postęпами jednoczenia Europy – aż po rozszerzenie UE w 2004 roku i pogłębienie Unii dzięki Traktatowi Lizbońskiemu, który po długich staraniach wszedł już w życie.

To prawda, że Europa jest nadal placem budowy i że wciąż jest wiele do zrobienia, zwłaszcza jeśli pomyśleć o Bałkanach i strefie konfliktów na zachodniej granicy Rosji. Nie ma gwarancji pokojowej, szczęśliwej przyszłości. Nieustannie powstają nowe problemy. Ale ten, kto przed sześćdziesięciu lub choćby przed trzydziestu laty przewidywałby wolną, pokojową i coraz bardziej zjednoczoną Europę, jaka istnieje dziś, zostałby wyśmiany jako optymistyczny fantasta. Przełom, który dokonał się w latach 1989/90, przyczynił się do tego w istotny sposób.

5.

Jest zupełnie jasne, że to, co wydarzyło się w latach 1989/90, zmieniło Europę i świat. Mniej jasne jest jednak, jak należy nazwać ten głęboki przełom. Niektórzy mówią o „końcu komunizmu” czy „końcu starego porządku” w Europie Środkowo-Wschodniej, inni o „zwrocie”. Ten, kto używa pojęcia „rewolucja”, dodaje zwykle przymiotnik kwalifikujący i mówi o rewolucji „pokojowej”, „bez użycia przemocy” lub „aksamitnej”. Francuski historyk François Furet odrzucił określenie „rewolucja”. To, co wydarzyło się w latach 1989/90 w Europie, było jego zdaniem raczej „restauracją”. Inni natomiast porównują „rok 1989” z „rokiem 1789”, czyli z Wielką Rewolucją Francuską, która położyła kres feudalizmowi.

Podczas przełomu z roku 1989 całkowicie zabrakło krwawej przemocy, która jest ogólnie uważana – zarówno w języku potocznym, jak i w literaturze naukowej – za główną cechę rewolucji po części już od czasu rewolucji angielskiej w XVII wieku, a na pewno od czasu rewolucji północnoamerykańskiej i francuskiej pod koniec XVIII wieku. Przeobrażenia z roku 1989 nie zmierzały do stworzenia zasadniczo nowego ładu społecznego i gospodarczego. Drogowskazem nie były dla nich wielkie utopie, one same też takowych nie wytworzyły – także to odróżnia je od roku 1789 we Francji, 1917 w Rosji i 1949 w Chinach. Nie kierowała nimi rewolucyjna inteligencja czy zgoła zawodowi rewolucjoniści, jak to było w wypadku wielu rewolucji w XX wieku. Nie można ich też interpretować jako pokonania jednej klasy przez drugą, jak poniekąd słusznie próbowano to robić w odniesieniu do wielkich rewolucji w dziejach. Wszędzie, ale przede wszystkim w Polsce i na Węgrzech, siły opozycyjne zawierały kompromisy z częścią starych władz, a zamiast jednoznacznych kroków następowały porozumienia. Nigdzie nie doszło po przełomie do prawdziwej kontrrewolucji. Z tych wszystkich powodów wielu badaczy waha się przed określeniem przeobrażeń z lat 1989/90 mianem rewolucji.

Z drugiej strony przemiany, które nastąpiły, były „systemowe”, czyli rozległe: dotyczyły ustroju politycznego, ładu gospodarczego, stosunków społecznych i kultury w ich kontekście. Był to przewrót, który doszedł do skutku w znacznej mierze w wyniku ruchów masowych, a nie reformatorskiej polityki rządów. Przełom nastąpił w ciągu stosunkowo krótkiego czasu, miał charakter nagły, w każdym razie poza Polską i Węgrami. Jego skutki miały znaczenie dziejowe. Wszystko to sprawia, że można mówić o rewolucji, zgodnie z tytułem tego wykładu. Wielu aktywnych uczestników, przynajmniej w Niemczech, używa tego pojęcia z emfazą – także w celu przypomnienia niebezpieczeństw, odwagi, więzi łączącej protestujących, przeżytego wyzwolenia, entuzjazmu owych miesięcy jesienią 1989 roku.

Pociągałoby to za sobą zmianę i rozszerzenie pojęcia rewolucji. Oznaczałoby ono od tej chwili silne, szerokie, nagłe przeobrażenia, których motorem są w głównej mierze ruchy społeczne i które obejmują społeczeństwo jako całość, łącznie z jego najważniejszymi regułami i instytucjami – z użyciem przemocy na dużą skalę jak w XVIII, XIX i XX wieku, albo właśnie bez użycia przemocy jak w latach 1989/90. Timothy Garton Ash widzi w „aksamitnej rewolucji” (*Velvet Revolution* albo *VR*, w nawiązaniu do nazwy stosowanej w okresie przewrotu w Pradze) lat 1989/90 zgoła model nowego typu rewolucji: nie używającej przemocy, anty-utopijnej (albo przynajmniej nie-utopijnej), cieszącej się aktywnym poparciem szerokich

koalicji („ludu“), bez wyraźnie określonych grup przywódczych i bez męczenników, ale z istotnym udziałem mediów oraz bogatej w inscenizacje i nowe symbole, ukierunkowanej na powszechne, równe i wolne wybory, przede wszystkim jednak obfitującej w wynegocjowane kompromisy z członkami starego systemu – kompromisy, które w późniejszym okresie budzą kontrowersje i są piętnowane jako odstępstwo od właściwej rewolucji (przez innych jednak bronione). Zdaniem Asha ten typ „aksamitnej rewolucji” powiódł się po raz pierwszy już w 1974 roku w Portugalii; wielokrotnie próbowano realizować ten scenariusz także po roku 1989/90, niekiedy z powodzeniem – jak w krajach bałtyckich i RPA, niekiedy bez powodzenia – jak na Białorusi i w Kirgistanie, niekiedy z połowicznym sukcesem – jak w Gruzji i na Ukrainie. Ten typ „aksamitnej rewolucji” ma jego zdaniem przyszłość, także poza Europą.

Kto w ten sposób formułuje definicję i mówi, bardzo rozszerza pojęcie rewolucji i obejmuje nim bardzo różne rzeczy. Znamienne jest, jak pozytywną konotację ma teraz to pojęcie, a przecież nie zawsze tak było. Niewątpliwie pojęcie rewolucji ulega obecnie językowej przemianie, odzwierciedlającej nowe doświadczenia schyłku XX wieku. Jeśli zastosować szeroką definicję „rewolucji”, to przełomy z roku 1989 można jak najbardziej określić mianem „rewolucji”. Pozwala to na porównania sięgające daleko wstecz.

Porównanie roku 1989 z rokiem 1789 jest odważne, ale nie absurdalne, jeśli uwzględnić fakt, że w 1989 roku złożono do grobu wielki eksperyment w dziejach świata, który rozpoczął się od rewolucji rosyjskiej w 1917 roku i zmobilizował w XX wieku ogromne nadzieje, ale spowodował również nieopisane cierpienia. Były niezliczone różnice pomiędzy rokiem 1789 i 1989. Wspomnę tutaj tylko o dwóch: w 1789 roku postęp w dziejach świata, jak to często bywało, dokonał się pod przewodnictwem Europy Zachodniej, w 1989 roku natomiast jego ośrodkiem była Europa Środkowo-Wschodnia. Rewolucja roku 1789 miała źródło w konfliktach wewnętrznych w j e d n y m kraju, ta z 1989 roku była natomiast – tak jak już rewolucje z lat 1848/49 i pod koniec pierwszej wojny światowej – od początku fenomenem transgranicznym, ponadnarodowym: wielką chwilą w dziejach Europy.

Pamięć jako indywidualne lub zbiorowe przypomnienie przeszłości i historia jako dyscyplina naukowa zapładniają się wzajemnie. Pomiędzy nimi istnieje jednak również napięcie. Z j e d n e j strony: w odniesieniu do „roku 1989” wzmoczone

przypominanie przeszłości w roku 2009 – ze stałą obecnością tematu w mediach, niezliczonymi imprezami okolicznościowymi, talk showami, przemówieniami politycznymi, wywiadami ze świadkami epoki, wielkimi inscenizacjami i publicznie okazywanymi emocjami – przyniosło również ogromną ilość nowych badań i analiz naukowych. Z kolei publiczne przypominanie „roku 1989”, choć niejednokrotnie subiektywne i nienaukowe, mogło się oprzeć na dużych zasobach naukowej literatury badawczej, powstałej w latach poprzednich.

Z d r u g i e j s t r o n y: pamięć, na którą oddziałują m. in. współczesne potrzeby porozumienia, interesy komercyjne i cele polityczne, jest w wysokim stopniu wybiórcza i często skrócowa, wyrывa rzeczy z kontekstu i nie dba o proporcje. W politycznej przestrzeni publicznej, która wciąż jest pochodną państwa narodowego i realizuje się w językach narodowych, naturalne wydaje się, że pamięć historyczna jest skrojona na potrzeby państwa narodowego. Ponadto jako akt przypominania, odwołujący się do przeżyć, opierający się na relacjach świadków epoki i pragnący właśnie dzięki temu oraz dzięki koncentracji emocji osiągnąć swoje „autentyczne” uwierzytelnienie, „pamięć” przejawia zwykle tendencję do wpisywania się w niewielkie przestrzenie: do przypominania przeszłości usytuowanej w ramach regionalnych lub lokalnych, jeśli nie zgoła w podlegającym bezpośrednio doświadczeniu kontekście małej grupy, na przykład rodziny. Oznacza to jednak, że zaniedbane zostają konteksty złożone, nie dające się łatwo doświadczyć i dlatego raczej niemożliwe do opowiedzenia przez współczesnych, które są co najmniej tak samo ważne jak podlegające bezpośrednio doświadczeniu i dające się opowiedzieć wycinki rzeczywistości, którymi zajmuje się pamięć, choćby dalekosiężne, ponadnarodowe i długofalowe, historyczne warunki i konsekwencje „roku 1989”. Szansą i zadaniem historii jako nauki krytycznej jest osadzenie zwykle bardziej wycinkowej „pamięci” w szerszych kontekstach, w pewnym otoczeniu, a zarazem w układzie wzajemnych relacji. Właśnie tak się stanie, jeśli będzie się analizować „rok 1989” jako rewolucję ponadnarodową, tak jak próbowano to zrobić powyżej. Jest poza tym nadzieja, że dzięki temu uda się wnieść wkład w powstanie i ugruntowanie ponadnarodowej kultury pamięci, która jest pilnie potrzebna w dobie zrastania się Europy i postępującej globalizacji jako uzupełnienie kultur pamięci ograniczonych do poszczególnych narodów.

Bibliografia:

1. Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München (Hanser) 1990
2. Steven Saxonberg, *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, Amsterdam (Overseas Publisher Association) 2001
3. Stephen R. Graubard (red.), *Exit from Communism*, New Brunswick/London (Transaction Publishers) 1993
4. Sorin Antohi i Vladimir Tismanianu (red.), *Between Past and Future. The Revolutions of 1989 and their Aftermath*, Budapest (CEU Press) 2000
5. Klaus von Beyme, *Revolution of 1989-90 in Eastern Central Europe*, w: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, t. 20, Amsterdam (Elsevier) 2001
6. Reinhart Koselleck i in., artykuł *Revolution*, w: tegoż autora i in. (red.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, t. 5, Stuttgart (Klett) 1984, s. 653-788
7. Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München (Hanser) 2006
8. Jürgen Kocka, *Reform and Revolution: Germany 1989-90*, w: Reinhard Rürup (red.), *The Problem of Revolution in Germany, 1789-1989*, Oxford/New York (Berghahn Books) 2000, s. 161-179
9. Klaus-Dietmar Henke (red.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, Berlin (dtv) 2009
10. György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Europa*, München (Beck) 2009
11. Timothy Garton Ash, *1989! i Velvet Revolution: The Prospects*, w: *The New York Review of Books*, 5 listopada i 3 grudnia 2009
12. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München (Beck) 2006
13. Martin Sabrow (red.), *Der Streit um die Erinnerung*, Leipzig (Akademische Verlagsanstalt) 2008

Prof. Przemysław Wiszewski
Wicedyrektor Instytutu Historycznego
Uniwersytetu Wrocławskiego

Rewolucja społeczna – rewolucja marzeń? Głos na marginesie referatu prof. J. Kocki

Wizja, którą zaprezentował w swoim wykładzie prof. Kocka urzeka zawodowego historyka z dwóch przynajmniej powodów. Przede wszystkim – dążeniem do zbudowania syntezy obejmującej możliwie szeroki terytorialnie obszar, na którym zachodziły interesujące zmiany. Ale jednocześnie przy tej szerokości spojrzenia Autor nie zarzucił „analitycznego nerwu” wywodu. Widać go w dążeniu do wsparcia śmiałych, porządkujących minioną rzeczywistość konstrukcji logicznych na stabilnych podstawach złożonych ze zjawisk niezależnych od twórcy tej konstrukcji, na faktach historycznych. Dlatego też, i to drugi powód do szacunku historyka dla Referenta, kreśląc tę szeroką panoramę zjawisk prof. Kocka nie tyle relacjonował przebieg zdarzeń politycznych, ich wzajemnych powiązań w kontekście lokalnym i regionalnym. Starał się zejść głębiej, wskazać korzenie ekonomiczne, społeczne, a jeśli polityczne – to w kontekście szerszym, systemowym. Werbalne podkreślanie złożoności zjawisk politycznych świata współczesnego jest oczywiście częste, ale dążenie do weryfikacji hipotez w oparciu o realną wiedzę – dużo rzadsze. Referent odważył się na tę trudniejszą drogę, na przeprowadzenie rzetelnego eksperymentu naukowego osiągając znakomity rezultat, a niczego nie tracąc z atrakcyjności wywodu skierowanego wszak nie tylko do zawodowych badaczy przeszłości. Wreszcie dla Polaka niezwykle miła sercu jest sugestia Referenta, że zmiany polityczne schyłku lat 80. zaszyły w Polsce wskutek oddolnych oddziaływań społecznych. Wpisuje się to w legendę ruchu Solidarności jako siły, która obejmując znaczącą część społeczeństwa polskiego niemal dekadę stawiała stały opór proradzieckiemu reżimowi. I ostatecznie doprowadziła do wybuchu zmian, które ogarnęły całą Europę Środkową, zmiotły „socjalistyczne” reżimy władające od niemal półwiecza tą częścią Starego Kontynentu, ba!, umożliwiła zjednoczenie Niemiec. Jednym słowem – parafrazując słynne hasło – „nie byłoby wolności bez Solidarności”.

Uznanie dla pięknej wizji Referenta i ciepło „pod sercem” za miłe słowa dla Polaków nie mogą jednak przysłonić zasadniczych wątpliwości dotyczących zaproponowanego modelu zmian zachodzących w Europie Środkowej w latach 1988-1989. Sformułować je chciałbym wychodząc od poziomu podstawowego, znanych mi z własnych badań zachowań ludzkich w małych społecznościach wiejskich okolic Wrocławia, wsi w gminie Kobierzyce, oraz kilkudziesięciotysięcznego miasta o – w tym czasie – robotniczym charakterze, Oleśnicy. Otóż w obu przypadkach opór społeczny wobec władzy był niewątpliwie żywy w latach 1980-1981. Widać to wyraźnie zwłaszcza w środowisku robotniczym Oleśnicy, związanym z większym, wrocławskim centrum ruchu na rzecz praw obywatelskich. Opór ten trwał jeszcze w latach 1982-1983, bezpośrednio po ogłoszeniu 13.12.1981 roku stanu wojennego, jednak z biegiem czasu był coraz słabszy. Do 1987 roku liczba osób zaangażowanych w publiczne manifestowanie sprzeciwu wobec władz drastycznie spadła, co uniemożliwiało zorganizowanie demonstracji ulicznych czy masowych wystąpień w zakładach pracy. Jednocześnie w wiejskiej gminie Kobierzyce i tak nieliczne głosy krytyki wobec władz, wyrażanej głównie prywatnie, wygasły niemal zupełnie. Oficjalne stanowisko, publicznie głoszone w 1982 roku na sesji rady gminy, brzmi dziś dla nas kuriozalnie: dopiero wprowadzenie stanu wojennego umożliwiło władzy pełną realizację postanowień Sierpnia 1980 roku, od których rząd nigdy się nie uchylał, zawsze dążąc do reformy ustroju i rozszerzania wolności i swobód demokratycznych obywateli. Nikt nie protestował przeciwko tej orwellowskiej nowomowie i wyrażanej nią wizji nieodległej przeszłości.

Polacy jednak nie zapomnieli „snu o wolności”, jaki dane im było wcielać w życie w ciągu prawdziwej pokojowej rewolucji lat 1980-1981. Śnili go jednak głównie prywatnie, dzieląc się nim w rozmowach nie prowadzących do ryzykownych wystąpień publicznych. Jeśli więc nawet w pełni rozkwitu poparcia społecznego dla Solidarności władza potrafiła zdławić ten ruch przy bierności większości Polaków, to czy rzeczywiście ci sami Polacy siłą swego oporu – głównie słownego – obalili reżim w latach 1988-1989? Wydaje się to mocno dyskusyjne. Decydujące znaczenie miały chyba decyzje zapadające w Moskwie. Reformy Michaiła Gorbaczowa świadomie osłabiającego władzę centralną z nadzieją na kontrolowane, pozytywne dla reżimu radzieckiego przemiany gospodarcze, znajdowały swoje odbicie w krajach satelickich. Tragiczna sytuacja gospodarcza Polski, z trudem dźwigającej się z zapaści gospodarczej początku lat 80., ułatwiała polskim elitom władzy podzielenie tych nadziei radzieckiego genseka. I dopiero zainicjowane przez nie dążenie do reform polityczno-gospodarczych, zwłaszcza rozkład aparatu represji

umożliwił rozkwit działań społecznych, które zupełnie zmieniły kierunek zmian. Wymknęły się one spod kontroli polskiego rządu.

Siła społecznej odpowiedzi na ogólnikową, niejasną i niepewną ofertę ze strony rządu wynikała z siły snu, który ożywił społeczeństwo od Sierpnia 1980 roku. Władza proponowała Polakom własną wersję tego snu o wolności, fantasmagoryczną, a przede wszystkim sprzeczną z powszechnym doświadczeniem rzeczywistości minionej i teraźniejszej. Kłamstwo w starciu z rzeczywistością na dłuższą metę, bez wsparcia nagiej przemocy nie miało szans na zdobycie poparcia społecznego. Czym innym były marzenia oparte o doświadczenie realnej współpracy, samoorganizacji społecznej nieznannej od lat, a przynoszącej tak spektakularne efekty, jak podpisanie porozumień sierpniowych. Ten sen odwoływał się do realiów, był wspólnym doświadczeniem pokoleniowym Polaków, którzy przekazywali go swoim dzieciom i wzmacniali poprzez wspomnienia w stałych, intymnych kontaktach przyjacielskich i rodzinnych. Nadzieja na wcielenie go w życie, na trwanie i na efekty mogące odmienić „oblicze tej ziemi” oparta była nie o słowa, lecz o fakty. I ostatecznie w Polsce „rewolucja 1989 roku” była starciem dwóch marzeń społeczeństwa – wymagowanego, opartego o chęci, oraz pełnego nadziei i wspomnień, jednak odwołującego się do wspólnie doświadczonej rzeczywistości. Rzeczywistość wygrała, a zmiana polityczna, gospodarcza i społeczna była w dużej mierze „rewolucją marzeń”.

Taki charakter zmian pozwolił szybko przyswoić ich treść całemu społeczeństwu. Dla zwolenników dawnego reżimu w równej mierze jak dla dawnych opozycjonistów spełniały się przecież głoszone przez nich zapowiedzi demokratyzacji, wolności, zwrotu ku wolnej konkurencji w gospodarce. Cały czas żywa w nacjonalistycznym – bez pejoratywnych konotacji tego słowa – państwie polskim duma narodowa pozwoliła zarówno dawnym elitom reżimowym, jak i zwolennikom opozycji wykreować kolejny sen – wizję Polaków przewodzących w walce o wolność narodów. Nie chodziło tu tylko o odwołanie do mesjanistycznych, romantycznych tradycji walk narodowyzwoleńczych. Zaproponowano wszak modernizację tego mitu: ukazanie Polaków jako zwolenników nowoczesności, zaradnych gospodarzy, reformatorów gotowych wyrzec się spokoju dla wolności – tym razem nie tylko politycznej, ale i gospodarczej. A wreszcie – jako naród należący bez kompleksów do wspólnoty cywilizacji i kultury Zachodu, bo mający za sobą dumną przeszłość, a przed sobą wielką przyszłość. Przyszłość, którą miał otworzyć spontaniczny, ogarniający wszystkich Polaków w latach 1979-1989 ruch walki o demokrację.

Interesującą wersję analogicznego mitu na skalę europejską proponuje nam Referent. Trzeba jednak z całą mocą podkreślić znaczenie odwołania się przez Autora do analiz historycznych. Dążenie do budowania obrazu „rewolucji 1988-1989” głównie w oparciu o polityczną potrzebę stworzenia mitu łączącego Zachód z Europą Środkową może mieć bowiem na dłuższą metę katastrofalne skutki. Sen, marzenie społeczne oparte o chęci elit nie ma bowiem szans na dłuższe trwanie i wywołanie trwałych skutków społecznych. Rzeczywistość zawsze zwycięży. Warto więc – jak czynił to Referent – raczej szukać zrozumienia i tworzyć obrazy oparte o rzeczywistość, sięgać do niej głębiej, by głębiej stworzona na nich wizja mogła zapuścić korzenie. Odpowiedzialność za to historyków, socjologów, politologów – humanistów i przedstawicieli nauk społecznych jest tu nie do przecenienia.